

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Samstag, 19. Mai 1923.

Nr. 115.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Ks 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Ankündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einleitung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Vor den Gemeindevahlen.

Binnen kurzem wird die Ausschreibung der Neuwahlen in allen jenen Gemeinden erfolgen, in denen während der Funktionsdauer bisher keine neuen Wahlen vorgenommen wurden. Es wird also nicht in allen Gemeinden gewählt werden und nicht zu gleicher Zeit. Die Wahlen werden im Juli beginnen und sollen etappenweise bis zum Herbst dauern. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sie bis in den Dezember hinein dauern. Den Gemeindevahlen kommt diesmal eine erhöhte allgemeine politische und keinesfalls bloß eine kommunalpolitische Bedeutung zu. Die bürgerlichen Parteien, welche wissen, warum es geht, treffen denn auch schon auf der ganzen Linie ihre Klüftung. Es ist zweifellos, daß der Wahlkampf diesmal ein heißerer werden wird, zäher und erbitterter als es der Kampf um die Gemeinden vor drei Jahren war. Die Wahlen bedeuten vor allem die Vorbereitung für das große Ringen, um die Zusammenlegung des Parlaments, das aller Wahrscheinlichkeit im nächsten Jahre vor sich gehen wird. Von dem Ausfalle dieser Wahlen wird also mehr abhängen als die Frage der Art der lokalen Verwaltung. Es geht nicht nur um eine Nachprobe, die Wahlen werden nicht bloß ein Mittel zur Prüfung der Stärke der Parteien sein, das Bürgertum wird auch trachten, die Gemeindevvertretungen in seine Gewalt zu bekommen und den Einfluß der Arbeiterwähler zu schwächen, um in den Gemeinden wieder ihre alten politischen Nachpositionen zu erreichen. Es geht auch darum, die Errichtung der kommunalen Politik im Sinne des Bürgertums und der Agrarier zu ändern.

Bei den ersten Gemeindevahlen, die nach dem Umsturz in der Republik vorgenommen wurden, ist es den deutschen Sozialdemokraten gelungen, in zahlreichen Gemeinden Einfluß zu erringen, in vielen Gemeinden war der Erfolg sogar ein vollständiger, so daß diese seither unter sozialdemokratischer Verwaltung stehen. Dadurch wurde ein Lebensnerv der bürgerlichen Parteien und Klassen getroffen, die mit Ingrimm und Haß das Wirken der Sozialdemokraten in den Gemeindestuben verfolgen. Zur Zeit der Übernahme der Gemeindevverwaltungen durch unsere Genossen waren die Finanzen so gut wie aller Gemeinden in trübseligem Zustande. Die Wirkungen des Krieges und nicht zuletzt die Wirtschaft der bürgerlichen Klassen, welche die Gemeinden beherrschten und in ihrem Interesse verwalteten, hatten die Gemeinden nicht nur aller Mittel entböhrt, sondern auch ihre Wirtschaft in der ärgsten Weise verwahrlost. Daß die Gemeindevverwaltungen auch in sozialpolitischer, gesundheitlicher und kultureller Beziehung große Aufgaben zu vollführen hatten, das war für die früheren Nachhaber ein unbekannter Begriff. Unsere Genossen, welche in den Gemeinden das traurige Erbe der deutschbürgerlichen Miswirtschaft antraten, hatten eine schwere Aufgabe zu vollziehen, die sie angesichts der Schwierigkeiten nach besten Kräften zu bewältigen suchten. In den kleineren Gemeinden war gewiß das Wirken unserer Parteigenossen durch die Enge der Verhältnisse, durch die ihnen zu Gebote stehenden Mittel gehemmt. In den größeren Gemeinden haben sie überall Ersprießliches geleistet, waren sie bestrebt, die jahrzehntelangen Versäumnisse der früheren Verwalter gutzumachen und die Finanzen der Gemeinden zu sanieren. Nur Böswilligkeit kann leugnen, daß seit dem Einzug der Sozialdemokraten ein frischer Luftzug, neues Leben in die muffige Luft der Gemeindevverwaltungen eingeblasen ist. Wenn nun die Bürgerlichen den Einfluß der Sozialdemokraten dort zu brechen suchen, so sind es nicht sachliche Gründe, sondern ihre egoistischen, engstirnigen Klasseninteressen und Klassenhaß, die sie dazu treiben. Besonders in den kleineren Gemeinden hält der bornierte Kastengeist gewisser Schichten des Kleinbürgertums den ungezügeltsten Arbeiterhaß wach. Daß die Gemeindestuben nicht mehr eine

Ein „Waffenstillstand“ im Ruhrstreit.

Die Bedingungen Frankreichs.

Berlin, 18. Mai. (Eigenbericht.) Ueber die Stimmung in England gegenüber einem neuen deutschen Angebote wird gemeldet, daß die englische Regierung alle Verhandlungen ablehnen wolle, die auch nur den Schein vorbereitender Verhandlungen erwecken könnten. Die deutschen Sachverständigen seien sehr wohl in der Lage, Garantien anzustellen, die den Ansprüchen der Alliierten genügen würden. Die Hauptschwierigkeiten bei den Verhandlungen beständen vor allem darin, ein vernünftiges Uebergangssystem für das Ruhrgebiet zu schaffen. Nach Pariser Meldungen würden die Franzosen auf einen Waffenstillstand unter folgenden Bedingungen eingehen: Deutschland soll die geheimen Verfügungen und Instruktionen für Arbeiter und Beamte außer Kraft setzen und die normale Tätigkeit auf dem Gebiet der Kohlenlieferungen beginnen. Die Okkupation wird aufrecht erhalten, die aktive Besetzung jedoch in eine passive verwandelt. Wenn eine Einigung zwischen Deutschland und den Alliierten nicht erzielt würde, dann tritt diese Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens wieder außer Kraft.

London, 18. Mai. Dem Pariser Berichterstatter der „Times“ zufolge wurde in den Verhandlungen der französischen Kammer der Waffenstillstandsplan für das Ruhrgebiet, über den der Korrespondent bereits gestern berichtet hatte, weiter erörtert. Nach Ansicht des Berichterstatters wird dieser sogenannte Waffenstillstand dazu führen, daß das nächste deutsche Angebot geprüft wird. Vor besonderem Interesse sei es, daß einer der französischen Deputierten, der über diesen Gedanken gesprochen habe, ein Industrieller sei. Der Berichterstatter faßt die Bedingungen dieses Waffenstillstandes, der allen formellen Erörterungen vorausgehen müsse, versuchsweise in folgende Punkte zusammen:

1) Deutschland müsse seinerseits alle Erlasse und Scheinamweisungen zurückziehen, die die Einstellung der Arbeit durch die Bergarbeiter und Eisenbahner sowie die

Weigerung der Mitwirkung der deutschen Beamten im Ruhrgebiet zum Zwecke haben.

2) Die Arbeiter und Beamten müßten ihre gewohnten Aufgaben wieder aufnehmen und dürften der Lieferung der gemäß dem Versailler Vertrage geschuldeten Kohlenlieferungen keine Obstruktion entgegensetzen.

3) Frankreich müsse seinerseits, während es seine Truppen nicht zurückzieht, eine rein überwachende Haltung einnehmen und soweit wie möglich die Besetzung mehr passiv als aktiv gestalten.

4) Die Wiederherstellung des normalen industriellen und zivilen Lebens im Ruhrgebiet müsse fortbauern bis zu dem Augenblicke, in dem eine Regelung zustande kommt oder der Versuch einer Regelung wieder aufgegeben werde.

Blutige Konflikte und Streiks.

Berlin, 18. Mai. (Eigenbericht.) Die vorgestern in den Verhandlungen mit dem Reichskommissar im Ruhrgebiet vereinbarte Wiederaufnahme der Arbeit auf der Zeche Kaiserstuhl ist infolge des Einflusses des kommunistischen Teiles der Belegschaft nicht befolgt worden. Die Arbeitswilligen wurden von kommunistischen Hundertschaften mit Knütteln vertrieben. Auch auf der Zeche Schornhorst wurde die Arbeitseinstellung von den Kommunisten erzwungen. Auf dem Rückwege von dort kam es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei, die mit blanker Waffe vorging. Dabei wurden fünf Polizisten verletzt, davon einer schwer. Eine Versammlung beschloß, weiterzustreiken und die Arbeitseinstellung auch auf den anderen Schächten zu erzwingen. Bei Zusammenstößen auf der Zeche „Minette, Zein“

wurden acht Polizisten verletzt und ein Kommunist getötet. In Dortmund veranstalteten die Streikenden heute Anzüge und verlangten die Auszahlung einer Teuerungszulage von 150.000 Mark.

Die Katastrophenhaufe geht weiter.

Berlin, 18. Mai. (Eigenbericht.) Trotz der nahen Feiertage, die sonst das Börsengeschäft zum Abflauen bringen, hat sich die Aufsehbewegung fortgesetzt. Die Devisenkurse stiegen über alle bisher dagewesenen Höchststufen hinaus, ein Zeichen, daß jedes Vertrauen auf die Wiedergesundung der deutschen Mark gesunken ist. So stieg der Dollar von 16.533 auf 48.877, das englische Pfund von 214.711 auf 224.437 und die Tschechoskrona von 1396 auf 1461.

Domäne der Besitzenden und derer sind, die sich einbilden, zu ihnen zu gehören, daß die Arbeiter in ihren politischen Rechten ihnen gleichgestellt sind und auch in den Gemeinden gleichberechtigt mitreden dürfen, das ist eine Vorstellung, welche sich insbesondere das noch von keinem Hauche demokratischen Fühlens und Denkens beeinflusste deutsche Bürgertum nicht im geringsten zu eigen gemacht hat. Die ersten Gemeindevahlen trafen die deutschbürgerlichen Parteien, die sich von der Verblüffung des Umsturzes und der geänderten Machtverhältnisse noch nicht erholt hatten, in nicht völlig geschlossenen Kampfreihen an. Gegenwärtig sind die politischen Parteien des deutschen Bürgertums wohl auch in zwei Lager geteilt, aber diese Scheidung wird den Beginn des Gemeindevwahlkampfes nicht überdauern. Die feindslichen Brüder, so sich Kampfgemeinschaft und Aktivisten nennen, wird wieder einen, was sie von jeher verbunden hat: das gemeinsame Klasseninteresse und der gemeinsame Haß gegen die Arbeiterchaft. Schon werden von beiden Seiten wieder die Fäden gesponnen, und am eifrigsten sind dabei gerade die Deutschnationalen und die Deutschgelben an der Arbeit, die vorerst nicht genug rasiert und gründlich jede Verbindung mit den „Canossagängern“ zu zerreißen vermochten. Die Partei des Herrn Dr. Lodgman möchte sogar zugunsten einer zu gründenden Einheitspartei auf ihr eigenes politisches Dasein verzichten, wird aber zufrieden sein, wenn es gelingt, für die Zeit der Wahlen wieder die deutschbürger-

liche Einheitsfront zusammenzubringen. Die Lastverläufe der Deutschgelben, die in derselben Richtung gehen, deuten dagegen darauf hin, daß sie bereit sind, eine Zeitlang den Antijemismus „zurückzustellen“, in welchem „zurückstellen“ sie bereits nicht unerhebliche Übung haben. Der Preis, die Wiedererlangung der früheren Nachstellung des Bürgertums in den Gemeinden, wird ihnen allen hoch genug erscheinen, um die sie entzweihenden Streitigkeiten vergessen zu lassen, um sich in holder Eintracht bei den Gemeindevahlen zusammenzufinden.

Wir verhehlen uns nicht, daß der Kampf um die Gemeindevvertretungen diesmal ein heißer werden wird. Aber die sozialistische Arbeiterchaft wird und muß gerade an der Bedeutung, welche die bürgerlichen Parteien den Gemeindevahlen zumessen, erkennen, wie sehr es dabei um ihre eigenen Lebensinteressen geht. Wenn das Bürgertum eine Hoffnung in den giftigen Hegeleien der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten erblickt, so wird der Arbeiterchaft umso stärker die Ueberzeugung sich aufdrängen, daß es ihre Pflicht ist, sich zusammenzuschließen und die äußerste Kraft daran zu setzen, um den Gemeindevwahlkampf ehrenvoll und sieghaft zu bestehen. Die Hoffnung, daß die Gemeindevahlen je wieder der schrankenlosen Herrschaft der bürgerlichen Klassen ausgeliefert werden könnten, muß zunichte gemacht werden! Die Wahlen sollen erweisen, daß die Kraft der Arbeiterklasse nicht gebrochen werden kann!

„Rotes Kreuz“ und Sozialdemokratie.

Ein Beitrag zur Diskussion.

Vor kurzem erschien in der Tagespresse eine Kundgebung aller deutschen Parteien der Republik, in welchem das Verhalten der Deutschen in diesem Staate gegenüber dem tschechoslowakischen Roten Kreuz dargelegt wurde. Die Kundgebung war auch von der sozialdemokratischen Partei gezeichnet. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Solange das tschechoslowakische Kreuz sich auf den Standpunkt stellt, daß nur das „Staatsvolk“ in dieser Organisation zu entscheiden hat, die nichttschechischen Mitglieder nur als Statisten Arbeit und Beiträge zu leisten haben, nicht einmal in deutschen Gegenden deutsche Vereinsgruppen gegründet werden dürfen, solange auch in dieser „Kulturorganisation“ den nichtdeutschen Völkern nicht einmal das Mindestmaß von Autonomie gewährt wird, solange darf die Serrenation sich nicht wundern, wenn die deutschen und wahrscheinlich auch die anderen Völker sich abseits stellen. Darüber wird es unter den Deutschen keinen Streit geben.

Ich möchte aber an dieser Stelle die zwar nicht aktuelle, aber immerhin wichtige Frage aufwerfen, ob die deutsche sozialdemokratische Partei in der Republik ihren Anhängern empfehlen könnte, dem tschechoslowakischen Roten Kreuze beizutreten, wenn es in dieser Organisation keine Sprachfrage gäbe, wenn wir wirklich hier in der „höheren Schweiz“ leben würden. Ich glaube, daß auch dann die Sozialdemokraten zu dem Roten Kreuze eine andere Einstellung haben müßten als die bürgerlichen Parteien.

Welche Aufgabe hat denn das Rote Kreuz?

Das Rote Kreuz ist eine Organisation mit dem ausgesprochenen Kriegszweck, die schweren Wunden, die ein jeder Krieg einem jeden Volke schlägt, einigermaßen zu heilen. Da diese Wunden so furchtbar sind, daß die ganze staatliche und militärische Organisation mit ihnen nicht fertig wird, so wird schon im Frieden eine große private Organisation bereit gestellt, in deren freiwilligen Dienst dann sich möglichst viele Bürger und Bürgerinnen stellen sollen. Regierung, Kriegsministerium und alles, was mit dem Militarismus zusammenhängt, fördern die Institution des Roten Kreuzes. Und um nur auch bei Antimilitaristen und Friedensfreunden Freunde und Anhänger zu gewinnen, werden zum Scheine dem Roten Kreuze auch sogenannte Friedensaufgaben zugewiesen wie erste Hilfeleistung, freiwilliges Rettungswesen, Ausbildung von freiwilligen Krankenpflegerinnen usw.; alles Aufgaben, die auch in anderem Rahmen z. B. von den Gemeinden oder anderen reinen Friedensorganisationen ganz gut erfüllt werden könnten. Sei dem wie immer, Hauptaufgabe des Roten Kreuzes ist die Vorbereitung für den Kriegsfall.

Daß der tschechoslowakische Staat, die tschechische Öffentlichkeit dies Rote Kreuz fördern und ausbauen wollen, begreifen wir. Der größte Teil der Tschechen bis weit in die Reihen der Arbeiterchaft sind Anhänger der Gewaltfriedensverträge von Versailles und St. Germain, die soviel Unglück über die besiegten und soviel Elend über die siegreichen Völker gebracht haben und welche den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen. Tschechen, Polen und Franzosen sind entschlossen, die Resultate dieses Schmachtfriedens mit den Waffen zu verteidigen; sie fürchten das Erstarken der besiegten, geknechteten und gedemühtigen Völker. Aus diesem Grunde rüsten sie in gewaltiger Weise, viel größerer als die Mittelmächte vor dem Weltkriege, deswegen sind sie Anhänger des Militarismus, deswegen brauchen sie für den Ernstfall ein starkes Rotes Kreuz. Die Erde ist noch nicht trocken vom Blute der im Weltkrieg Gemordeten und schon denken sie wieder an neues Blutvergießen.

Anders ist unsere Stellung zu diesen Fragen. Wir leben in dem Gewaltfrieden von Versailles keine endgültige Lösung, wir streben keine Revision an, aber nicht auf dem Wege eines Krieges, sondern auf friedlichem Wege. Die zahlreichen Konfliktsstoffe, die zwischen den Völkern angehaufen wurden, sollen allmählich beseitigt, der Haß auf allen Seiten abgebaut werden. Nicht die rote Gewalt soll zwischen den Völkern entscheiden, wir streben eine neue Rechtsordnung zwischen den Staaten an, die das Zusammen- und Nebeneinanderleben der Völker ermöglicht; wir streben eine Weltverfassung an, welche Staaten und Völker verbindet in einem wahren Völkerverbunde, nicht in einem Völkerverbunde, welcher das Welt-

zeug der Sieger ist; eine überstaatliche Organisation, welche die Lebensinteressen und die gemeinsamen Kulturziele sichert. Wir streben eine Zukunft an, in der die Freiheit aller Nationen verbunden ist mit dem Frieden der Gesamtheit; wir streben eine Form der Völkervereinigung an, welche den Endreim unserer Hymne zur Wahrheit macht: „Die Internationale wird die Menschheit sein.“

Ist es uns Ernst mit diesem Streben, dann müssen wir uns auf den Standpunkt stellen: „Nie wieder Krieg.“ Dann müssen wir uns auf einen vollkommen abhehenden Standpunkt zum Militarismus und allen seinen Einrichtungen stellen; denn dürfen wir niemals auch nur daran denken, „Kanonen gegen Völkerrrechte“ einzutauschen. Wir bewilligen keine Kanonen und kein Kriegswerkzeug; denn wir wollen nicht mehr durch ein Blutmeer waten wie in den Jahren des Weltkrieges. Das ist unsere äußere Politik, für welche wir die Arbeiter dieses Staates, für welche wir die Majorität der Bevölkerung des Staates gewinnen wollen. Stellen sich die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter auf diesen Standpunkt, lehnen sie den Krieg, sei er wie immer geartet, ab, dann brauchen wir auch kein Rotes Kreuz. Dann lehnen wir den Eintritt in diese Institution ab, auch wenn uns volle nationale Gleichberechtigung zugestanden wird; dann ist es auch nicht nötig, daß der Vertreter der Arbeiterschaft gemeinsam mit dem Herrn Weibischhof sich mit den Machern des tschechoslowakischen Roten Kreuzes an einem Beratungstisch zusammensetzt und berät, wie die Wunden, welche der nächste Krieg uns schlagen wird, geheilt werden. —el.

Kommunistischer Ideologie und Verfaßung ihrer Kampfmethode bezeichnet werden. Das Aufgeben der Eigenbräuelerei der einzelnen Orte und Bezirke und die Zusammenfassung in eine zentral organisierte Partei ist eine Notwendigkeit des Befreiungskampfes der Arbeiter. Diese Erkenntnis ist Grundlag der sozialdemokratischen Partei, weil sie eine Partei des Klassenkampfes ist und weil sich ihre Interessen mit denen der vorwärtsstrebenden Arbeiterklasse vereinigen. Nicht so ist das bei den „Kommunisten“, wie das durch ein Referat ihres Raadener Bezirksvertreatersmannes Schubert bewiesen wurde. Er sagte, daß die kommunistischen Führer zwar den Willen haben mögen, doch sie befinden sich in geistlicher Stellung und sind dadurch dem proletarischen Leben entfremdet und weichen vielfach den Kanonen aus. Den überaus ausführlichen dieses „Kommunisten“ war unklar, was er meinte, daß es sich ihm darum handelt, den völligen Zusammenbruch seiner bisherigen Auffassung durch die Befürwortung und Förderung einer „Bereinigten Arbeiterpartei“ nach eigenem Muster zu vermeiden.

Die „Freiheit“ gibt noch einige Stellen aus dem Berichte des Raadener Genossen wieder und bemerkt zum Schlusse treffend:

„Daß die ganze Arbeiterbewegung dieses Staates nicht ein Mobils der geschiedenen trauren Verhältnisse im Raadener Bezirke ist, das ist den sozialdemokratischen „Beträgern“ zu danken. Diese Wahrheit wird allen kommunistischen Gesichtspunktstellungen zum Trotz einmals in den Gehirnen aller Arbeiter Eingang finden.“

Der agrarisch-sozialistische Konflikt in der Koalition. Die agrarisch-sozialistische Preßsache nimmt ihren Fortgang. Zu der von uns bereits zitierten Besprechung des „Benkov“ vom Mittwoch erklärt das „Pravo Vidu“: „Als die neue Koalitionsregierung gebildet wurde, forderte der agrarische Klub die Aufhebung der Zölle auf alle Produktionsmittel der Landwirtschaft und auf die Lebensbedarfsartikel des Landvolks, damit dieses in freier internationaler Konkurrenz so einkaufen könne, wie es seine Erzeugnisse verkauft. Wir erklärten damals offen, daß wir diese Forderung grundsätzlich anerkennen und begrüßen, weil die agrarischen Parteien ihren bisherigen Grundsat: „Wenn Zölle auf Industrieprodukte, so auch Zölle auf landwirtschaftliche Waren“, aufgegeben hätte. Der agrarische Klub schloß seine Forderungen nicht durch, weil er sich nun zu diesem Grundsatz neuerlich bekannte. Anstatt der Forderung der Aufhebung der Zölle stellte der agrarische Klub die Forderung nach Erweiterung der Zölle auf die landwirtschaftlichen Produkte auf. Der Standpunkt der Staatspolitik war auf der ursprünglichen Forderung der Agrarier aufgebaut. Die agrarischen Fabrikanten kämpften ein Jahr für das gerade Gegenteil, deshalb konnten sie nicht befriedigt werden. Dasselbe Kunststück führten die Agrarier mit der Vermögensabgabe und der Vermögenszuwachssteuer durch. Das Regierungsprogramm wollte die Vermögensabgabe sozial gerecht novellieren, das heißt, den Häusern und kleinen Landwirten ermäßigen. Die Agrarier wollen dieses Versprechen zugunsten der bauerlichen Millionäre ausnützen.“ Auch das „Ceste Slovo“ befaßt sich mit der Unzufriedenheit der Agrarier, hält die Artikel des „Benkov“ für einen Angriff gegen die eigenen Minister und meint schließlich, daß sich das Organ des Ministerpräsidenten dessen nicht bewußt ist, daß die Koalition ein Kompromiß bedeutet. Der Konflikt zwischen Agrariern und den Sozialisten ist also in voller Schärfe ausgebrochen und wird wohl dazu beitragen, die Koalition weiter zu unterminieren.

Die Rolle des Abgeordneten Johannis bei der Auflösung des Schuhmacherverbandes ist noch immer nicht geklärt. Im gestrigen Morgenblatt

des „Pravo Vidu“ erklärt Johannis die gegen ihn erhobene Beschuldigung des „Rude Pravo“ für unwahr und erfunden. Im übrigen Teile seiner Erklärung schiebt er die Schuld für die Auflösung des Verbandes den — Kommunisten zu. Das Abendblatt des „Pravo Vidu“ stellt fest, daß weder der Vollzugsausschuß der tschechischen sozialdemokratischen Partei noch der Abgeordnetenklub niemals und in keiner Richtung für die Auflösung des kommunistischen Schuhmacherverbandes eingetreten seien und daß diese Maßnahme weder mit ihrem Willen noch mit ihrem Wissen erfolgt ist. Aus grundsätzlichen Motiven sei der Abgeordnetenklub beim Ministerium des Innern eingeschritten, um die Auflösung des Verbandes rückgängig zu machen. Ueber die Beschuldigung gegen den Abgeordneten Johannis sagt das Abendblatt des „Pravo Vidu“ aber nichts. Die „Cestoslouenske Noviny“ jedoch schreiben: „In diesem Momente herrscht bereits Klarheit. Abg. Johannis ist ein politischer Leichnam. Die Partei hat ihm das Mandat zur sozialistischen Konferenz nach Hamburg abgenommen und, wie wir erfahren, wird der Genannte zur Zurücklegung des Abgeordnetenmandates aufgefordert werden, weil seine Handlung als unehrenhaft bezeichnet wird.“ — Es liegt wohl im Interesse der tschechischen sozialdemokratischen Partei, die Affäre des Abg. Johannis möglichst rasch klarzustellen.

Parteitag der deutschen Nationalsozialisten. Der „Vereinsdienst der deutschen nationalsozialistischen Partei“ — so etwas gibt es auch schon — meldet aus Ruffig, daß der Parteitag der deutschen Nationalsozialisten heute in der ersten Hälfte September in Eger stattfinden wird. **Die ungerechte Bodenverteilung an Sport- und Turnvereine.** Auf der landwirtschaftlichen Ausstellung in Prag gibt es eine Abteilung des staatlichen Bodenamtes, in der sich auch eine Tafel befindet, auf der die Größe des den Sportvereinen zugewiesenen Bodens bezeichnet ist. Insgesamt wurden für Zwecke der Körperkultur 537.60 Hektar beschlagnahmt. Es ist nun interessant zu erfahren, wie die einzelnen Sportvereine mit Boden bedacht worden sind. Der Sokol erhielt 288.44 Hektar, die tschechischen sozialdemokratischen Turner (A. Z. J.) 17.73 Hektar, der Orel 5.01 Hektar, die kommunistischen Turner (F. D. Z. J.) 3.34 Hektar, die deutschen Turnvereine 9.55 Hektar, Sportklubs 22.53 Hektar, Gemeinden und Schutze 176.63 Hektar, verschiedene Vereine 11.75 Hektar und freiwillige Feuerwehr 2.62 Hektar. Aus dieser Uebersicht ist zu ersehen, daß der Sokol fast allen den Sport- und Turnvereinen zugewiesenen Boden erhielt, während die proletarischen Turnvereine sich mit einer ganz geringen Bodenverteilung begnügen mußten. Für die deutschen Turnvereine (es sind in dieser Ausstellung alle zusammengefaßt) hat das Bodenamt nicht mehr als bloß 9.55 Hektar übrig gelassen.

Der Hamburger Kongreß.

Beratungen des Organisationskomitês.

Hamburg, 18. Mai. (Eigenbericht.) Die Kommunisten haben zum Pfingstkongreß der Internationale mancherlei Vorbereitungen zu Eilrungen getroffen, so daß das Organisationskomitee, das heute vormittags zusammenkam, sich gezwungen sah, zunächst einen Beschluß über die Nichtzulassung einiger Deputationen zu fassen. Die kommunistische Presse teilte mit, daß sich eine kommunistische Abordnung zum Kongreß begeben werde, um ihn zu einer Erklärung aufzufordern. Auch die Massenundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft am Pfingstmontag, auf der dreißig ausländische Genossen sprechen werden, soll geklärt werden. Die Hamburger Arbeiterschaft wird jedoch für einen ungestörten und ruhigen Verlauf des Kongresses Sorge zu tragen wissen.

Das Organisationskomitee beschäftigte sich in geschlossener Sitzung mit der Frage der Zulassung einzelner Parteien und rein technischen Fragen. Es wird am Sonntag noch einmal tagen, worauf dann die Wiener Arbeitsgemeinschaft ihre Beratung beginnen wird.

Sitzung der zweiten Internationale.

Berlin, 18. Mai. Wie der „Vorwärts“ berichtet, ist gestern abend in Hamburg das Exekutivkomitee der zweiten Internationale zur Vorbereitung der Einigungsverhandlungen zusammengetreten. An der Sitzung nahmen teil: De Brouckere (Belgien), Vandervelde (Belgien), Troelstra (Holland), Tom Shaw (England), Stauning (Dänemark), Branting (Schweden), Wels (Deutschland) und einige andere Vertreter. Das Organisationskomitee des Ausschusses tritt heute vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Die Ruhrlosten. — Französische Bedingungen.

Was alles Poincare „erklärt“.

Paris, 17. Mai. (Savas.) Ministerpräsident Poincare erklärte in der Sitzung des Finanz- und Außenamtschusses der Kammer, die Einnahmen aus dem besetzten Gebiete decken die Okkupationskosten. Die täglich nach Frankreich und Belgien transportierte Menge von Brennstoffmaterial hat die deutsche Tonnage vor der Okkupation erreicht. Das Ertragnis der Gefälle nimmt ständig zu, die zur Verfügung stehenden Lager sind sehr beträchtlich und die eingehobenen Abgaben kompensieren reichlich die Kosten. Die Aktion im Ruhrgebiete trägt mehr ein als Frankreich erwartet hat, als es beschlossen hat, das Band bis zum Zeitpunkt der Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands zu behalten. Die Erklärung wurde zur Kenntnis genommen.

Die Gesamtausgaben für das Ruhrgebiet betragen bis zum 1. Mai 63,600,000 Frs., von den 61 Millionen auf militärische

Ausgaben und 2,6 Millionen auf die Ausgaben der Zivilverwaltung entfallen (bekanntlich ist aber das Militär nur „Begleitung“ einer Zivilaktion). Die Gesamteinnahmen betragen sich auf 72,600,000 Frs., von denen 36 Millionen Frs. auf das Ertragnis der Zölle, der Forste, auf die Geldstrafen usw. und 36,8 Millionen Frs. auf Sachlieferungen entfallen. In Besprechung der Eisenbahnverwaltung führte Poincare aus, daß die Zahl der Fahrkilometer von 31,000 (am 18. März) auf 50,000 Anfang Mai gestiegen ist. Die Zahl der Reisenden, welche am 15. April 17,000 täglich betrug, ist am 1. Mai auf 28,000 gestiegen.

Zu Erwidrerung von Anfragen erklärte Poincare wörtlich, nach seiner Meinung könnte an eine Herabsetzung der deutschen Schuld nur dann gedacht werden, wenn sie durch eine Herabsetzung der interalliierten Schulden kompensiert würde und unter der Voraussetzung, daß das linke Rheinufer als Garantie der Sicherheit Frankreichs genügen wird.

Religion und Profit.

Von Max Adler (Dresden).

Im Rahmen einer vierbändigen revolutionären Wirtschaftskritik der Zeit unter dem gemeinsamen Titel „Die tote Hand“ veröffentlichte Upton Sinclair kürzlich die ungemessen ausschweifenden Ergebnisse seiner Studien über die Zusammenhänge des Kapitalismus mit den Kirchen aller Glaubensbekenntnisse. („Religion und Profit.“ Der Neue Geist-Verlag, Leipzig.) Die Kirche als Diener und Knappe des großen Geschäfts, als wichtiger, ja unentbehrlicher Bestandteil des kapitalistischen Systems, als Geldmaschine, die Eigentum besitzt und verwaltet, wird hier mit Scharfsinn analysiert und, wo es nottut, aus ihrer gemeinschaftlichen metaphysischen Vermummung geschält. „Dieses Buch“, schreibt der Autor in der Zweigang, „ist eine von einer neuen Gesichtspunkt ausgehende Studie des in verfallenen als einer Einkommensquelle und eines Schildes der Bevormundung. Ich habe die Bibliotheken daraufhin durchforscht, wie niemand zuvor. Wer es liest, wird sehen, daß es geschrieben werden mußte. Es hat fünfundsiebenzig Jahre nachgedenken und ein Jahr forschen erfordert. Es enthält die Tatsachen.“

Von der unverhüllten geschäftlichen Ausnutzung der Priesterkastei im alten Babylonien und Assyrien, deren Tempel die organisatorischen Zentren des Sklavenhandels, der Darlehens- und Grundstücksunternehmungen im Lande waren, über den päpstlichen Ablasshandel des späten Mittelalters zur notorischen Geschäftstüchtigkeit der neuzeitlichen Kirchen des Abendlandes führt

ein ebenso gerader und folgerichtiger Weg, wie von den gefälschten Paulusbriefen, die das Sklavenlos als gottgewollte Einrichtung priesen, bis zur nationalökonomischen Theorie des edlen Pfarrers Malthus, der die wirtschaftliche Ausbeutung der Armen und ihre Ausstillung durch den brutalen Daseinskampf ganz in Ordnung findet.

Die Kirche betätigt sich heute mit Vorliebe in der Politik und im öffentlichen Leben, einerseits, um Begünstigungen zu erlangen, andererseits, weil sie so in der Lage ist, ihre Hand andauernd über dem Verwaltungsbürokraten zu halten. Der Staat gewährt ihr Steuerfreiheit des Kirchengüterbesitzes, Militärdienstbefreiung, gelegentlich auch freie Fahrt auf Eisenbahnen, man überläßt ihr die Aufsicht über Erziehungsanstalten, die finanzielle Gebarung bei wohlthätigen Sammlungen usw. Wenn es gegönnt ist, einen Witz hinter die Kulissen dieser Kontroll- und Sammelstätigkeit zu werfen, der weiß, wie viel dabei für die Kontrolleure und Sammler entfällt. Den größten materiellen Vorteil aber zieht die Kirche aus ihrer engen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verbindung mit den reichen Glaubensgenossen. Für diese Interessenvertretung bringt Upton Sinclairs Schrift eine Fülle interessanter Belege bei. So trugen die Protestpetitionen gegen Aquiths Vorlage zur Einschränkung des Bierverkaufs tausende von Unterschriften aus den Kreisen der Geistlichkeit. Ueber die Ursache ihrer ablehnenden Haltung schreibt Professor Henry C. Vedders in seiner Abhandlung „Christus und die soziale Frage“: „Es ist vor kurzer Zeit von autoritativer Seite festgestellt worden, daß Aquiths Maßnahmsvorlage im Parlament durch die Opposition der Geistlichkeit zu Fall gekommen ist, die

ihre Ersparnisse in Brauereialien angelegt hatte, deren Ertragnis durch das Gesetz leicht hätte verringert werden können.“ Diese Anteilnahme des Klerus am Bier wirkt sich im ganzen politischen Leben Englands aus. „Der Wirt verwirrt die Wähler mit Spirituosen, der Pfarrer mit Spirituellen“, scherzt Sinclair bitter. In der „Antisozialistischen Union“ und in der „Liga zur Verteidigung von Freiheit und Eigentum“ finden sich Vertreter beider Interessengruppen in schöner Eintracht zusammen. Zu den Leitern und Förderern dieser beiden reaktionären Kampforganisationen gehören neben Tory-Politikern und Grundbesitzern hervorragende Mitglieder des hohen Klerus und Schnapswirte. Upton Sinclair beruft sich auf eine in der W. S. Mallor, ein Meisterjohannist des römischen Katholizismus, auf die Sozialisten losgerissen wurde, sah Sinclair einen Bischof und ein halbes Duzend Mitglieder der anglikanischen Geistlichkeit gemeinsam mit den Sekretären der Vereinigten Brauereigesellschaft, der Wein-, Branntwein- und Bierhandels-Gesellschaft und drei oder vier andern Alkoholmagnaten auf der Tribüne sitzen.

Unter den amerikanischen Kirchenystemen hat Upton Sinclair insbesondere die katholische Kirche und ihre eigenartige Funktion im Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten mit Sorgfalt studiert. An sie wenden sich die Kapitäne der Industrie und Finanz um Hilfe gegen die Unzufriedenheit der Massen. Der Kadavergehorsam des dogmatischen Katholizismus verleiht arbeitswilliges Menschenmaterial. Außerdem braucht man gefügige Wähler, um profitable Zolltarife durchzubringen, man braucht entsprechend bearbeitete Geschworene zur Verurteilung von Streikagitatoren,

und man braucht vor allem Streikbrecher. Für derlei Zwecke leisten die durch die Drossel der katholischen Kirche hindurchgegangenen Geistlichen, Lehrer, Redakteure und Politiker vortreffliche Dienste. Der Stahlruß, der Fleischruß, der Kohlen-, Branntwein-, Verkehrs- und Geldruß; sie sind heute die zuverlässigsten Stützen und Verbündeten der katholischen Maschine; denn sie wollen, wie diese, keine freien, intelligenten, sich selbst verwaltenden Bürger, sondern Sklavenhaufen; diese industriellen Ausbeuter sind es, die, obgleich meist Nichtkatholiken, die Hauptquellen des kirchlichen Wachstums nähren. Sinclair gibt einige scharf beleuchtende Situationsbilder aus den Kohlenruben der (protestantischen) Rockefeller in den Rocky Mountains. Die in diesen Gruben arbeitenden Bergwerkssklaven sind ihrer großen Mehrzahl nach aus europäischen Ländern eingewanderte Katholiken. Sie hausen nach den beschworenen Zeugenaussagen, die während des großen Streiks von 1914 von einer staatlichen Kommission aufgenommen wurden, in Höhlen, Löchern und Gruben zusammengepfercht, die Schweineställen gleichen, zur Arbeit angetrieben von Aufsehern, die ein geistlicher Zeuge „gottelasterliche Bulldoggen“ nennt. Das Schulgebäude ist baufällig und zum Unterricht absolut ungeeignet, die Klassen sind überfüllt. Ueber die Haltung der Polizei gegenüber den Streikenden besagt der Kommissionsbericht: „Totgeschossen wurden fünf Arbeiter, ein Junge und dreizehn Frauen in der Zellkolonie der Streikenden von der Miliz und Wache, oder sie wurden erstift und zutode verbrannt, als diese die Zelte anzündete, in denen sie ihre Wohnung aufgeschlagen hatten.“ Während verschiedene Geistliche der protestantischen Kirchen vor der Kommission Zeugenschaft ablegten über

Die Revision des Urteils gegen Rupp verworfen, gegen R. Her angenommen.

Düsseldorf, 18. Mai. (Wolff.) Die gegen das Verdener Urteil von Rupp von Pechen und Dalsbach sowie den Kruppischen Direktoren eingeleitete Revision ist heute von dem Revisionsgerichte in Düsseldorf verworfen worden. Dagegen ist die vom Betriebsratsmitglied Müller eingeleitete Revision zugelassen worden.

Neue Ausweisungen aus dem Rheinland.

Paris, 17. Mai. (Gavas.) Die internationalisierte Rheinlandskommission hat 712 neue Ausweisungen angeordnet, die zum größten Teil Eisenbahn- und Zollbeamte treffen.

Ein zweites Opfer der Wiener Kreuzer im Sterben.

Wien, 18. Mai. (Eigenbericht.) In dem Verstand des Genossen Stülz, der bei den Vorfällen in Favoriten am 4. Mai durch den Schuß eines Salatenkreuzers schwer verwundet wurde, ist heute eine Verschlechterung eingetreten, so daß er bewußtlos wurde und im Sterben liegt.

Genosse Stülz war als Ordner bei der Salatenkreuzer-Demonstration anwesend und wurde von einem Salatenkreuzer in den Unterleib getroffen.

Die Wahlpropaganda der Schwarzgelben

Wien, 18. Mai. In der Obmannkonferenz der Partei der Schwarzgelben Legitimisten wurde beschlossen, bei den bevorstehenden Wahlen selbstständig vorzugehen, da die christlichsozialen Parteien an sie gerichteten Vorschlag wegen eines Zusammenganges unbekannt gelassen hat. Die Partei wird in den einzelnen Wahlkreisen Wahlausschüsse einsetzen und zu den Besprechungen dieser Wahlausschüsse auch jene christlichsozialen Politiker einladen, die dem monarchistischen Programm nahesteht.

Die griechisch-türkischen Verhandlungen zerfallen.

Lausanne, 17. Mai. (Gavas.) Die direkten griechisch-türkischen Verhandlungen sind infolge der aus Angora eingelangten Antwort gescheitert. In dieser wird erklärt, daß die Angora-Regierung absolut an der Forderung von Reparationen seitens Griechenlands festhält und die Gegenforderung Griechenlands betreffs der durch die Flüchtlinge verursachten Ausgaben zurückweist. Römer Pascha und Benizelos einigten sich, den Konflikt dem Finanzausschusse der Friedenskonferenz abzutreten. Es verlautet, Benizelos und Alexander hätten dem General Balle versichert, Griechenland werde kein Ultimatum an die Türkei senden.

Angriffe der Griechen?

Paris, 17. Mai. (Tsch. P. B.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel veröffentlicht der themalistische Generalstab folgendes Kommuniqué: Im Sektor von Smyrna haben feindliche Unterseeboote den Versuch gemacht, Docks zu nehmen. Sie sind aber gezwungen worden, sich in der Richtung auf Anadolien zurückzuziehen. Nach einer weiteren Meldung ist an der asiatischen Küste eine lebhaftige Tätigkeit griechischer Unterseeboote zu beobachten.

die an den Streitenden verübten Greuel, trat von ihren katholischen Seelsorgern kein einziger für sie ein; wohl aber predigte einer von ihnen während des Streiks über die beliebte Textstelle: „Rückgang ist aller Laster Anfang.“ Ein glaubwürdiger Zeuge des ganzen Streiks schreibt an den Verfasser: „Die katholische Kirche schien mit den Gesellschaften auf einem sehr hohen Stand zu stehen. Ich kenne kein Beispiel während des Colorado-Kohlenstreiks oder zu einer anderen Zeit oder an einem anderen Ort, in dem die katholische Kirche ein besonderes Interesse an der Sache der Arbeiter genommen hätte.“ — Begreiflich, daß sich ihr die Sympathien der Großunternehmer aller Konfessionen zuwenden. Ein jüdischer Millionär in Baltimore schenkte der katholischen Kirche ein Vermögen, um ihre Mittel im Kampf gegen den Sozialismus zu stärken.

Die katholische Kirche ist heute anerkanntermaßen ein Hauptfeind des Kapitalismus. In Amerika verfügt sie über etwa 15.000 Kirchen, 14 Millionen Gläubige und eine halbe Milliarde Dollars Eigentum, wofür sie keine Steuer bezahlt. Sie spekuliert nicht nur in Brauereipapieren und anderen Industripapieren, sondern auch in Grundstücken. In Europa aber besteht die Zusammenarbeit von Abenteurern und Geschäftsmännern an die tausend Jahre. In Spanien können heute noch nicht die Verbrauchssteuern abgefaßt werden, weil die Jesuiten an ihrer Aufrechterhaltung interessiert sind. Das Land wurde in den Marokkorkrieg getrieben zur Verteidigung der Bergwerke, die, wenn auch nicht nominell, so doch tatsächlich den Jesuiten gehören. In Deutschland war es Bismarck, der Meißtergymnast des Untertums, der nach der Beendigung des Kulturkampfes die katholische Zentrumpartei zum „Ge-

Ausland.

Osuno und die Müdeutschen.

Osuno hat sich bekanntlich vor einigen Tagen dadurch arg blamiert, daß er erklärte, er habe den Bandenführer Rogbach zwar empfangen, bis dahin aber nicht gewußt, wer Rogbach eigentlich sei. Nun erzählt der böhmische Abgeordnete Walle in seinem „Deutschen Tageblatt“, es sei nicht wahr, daß der Kaiser über Rogbach nicht informiert war, daß Osuno den Abgeordneten Herrn v. Graefe vor Unbesonnenheiten gewarnt habe, wie Osuno in der gleichen Sitzung erzählte. Richtig sei vielmehr, daß Herr Osuno über die Bedeutung des Herrn Rogbach und über Ziel und Zweck der von ihm geleiteten Jugendorganisation durch eine politische Persönlichkeit genau unterrichtet worden ist und daß er infolge dieser Unterweisung Herrn Rogbach empfangen hat. Die angeblichen „Warnungen“ des Reichsfanzlers an Graefe seien nach Walle folgendermaßen aus: Graefe hat in verschiedenen Besprechungen Herrn Osuno zum Ausdruck gebracht, „daß es lediglich das Verdienst der Führerschaft der Freiheitspartei gewesen sei, wenn die böhmische Jugend, die durch die amtlichen Diktaturen bis aufs Blut gereizt worden sei, sich von Unbesonnenheiten bisher zurückgehalten habe. Herr Osuno hat nicht verfehlt, unserem böhmischen Führer dafür seinen Dank auszusprechen.“ Diese „Aussagen“ des Abgeordneten Walle gestatten einen tiefen Blick hinter die Kulissen und zeigen den Reichsfanzler Dr. Osuno in seiner völligen politischen Hilflosigkeit. Es scheint, daß sich in der nächsten Umgebung des Reichsfanzlers informatorische Kreise befinden, die ausschließlich bestrebt sind, das Ansehen der Reichsregierung zu schmälern. So behauptet sich z. B. hartnäckig das Gerücht, daß der Privatsekretär Osunos Vorsitzender eines deutschnationalen Wahlvereins in Berlin ist und daß in seiner nächsten Umgebung ein „nationaler Klub“ angehe. Dieser „nationale“ Freier soll auch den Empfang des Herrn Rogbach und anderer Bandenführer vermittelt haben. Einmüdeher gelangt es Herrn Osuno, die mit Drohungen garnierten Behauptungen Walle als Lügen zu erweisen, oder seine Stellung wird unhaltbar. Denn in einer Zeit der größten innen- und außenpolitischen Spannungen wäre Deutschland mit einem Kanzler, der dann mit den Revanchepolitikern so eng liiert, erschiene, miserabel geübt.

Die französische Sozialdemokratie und der Hamburger Kongress. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs hat Monton in Buxtaux zunächst die Delegierten für den Sozialistenkongress in Hamburg ernannt. Weiterhin beschloß sich der Rat mit dem Entwurf der Statuten, der dem Hamburger Kongress vorgelegt werden soll. In einer Entschließung wurde gefordert, daß in diese Statuten die Bestimmungen aufgenommen werde, wonach die Beteiligung einer sozialistischen Partei an der Realisation eines sozialistischen Projektes die Ausschließung aus dem Vorkommnis der Internationale nach sich zieht.

Die dänischen Gewerkschaften gegen die Ruhrbesetzung. Der Ausschuss der Vereinigten dänischen Gewerkschaften hat den Koppenhagener französischen Gesandten folgende Protestresolution überreicht, mit dem Ersuchen, das Schreiben an den Ministerpräsidenten Poincaré weiterzuleiten: Der am 12. Mai 1923 zu einer Sitzung versammelte Ausschuss der Vereinigten Gewerkschaften drückt seine Trauer und seine Verärgerung über die seitens der französischen Regierung erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes und der damit verbundenen Gewalttaten aus. Die Wiedergutmachungs-

schaft“ zuleist, zum großen Aufstand, der auf den Rücken des betrogenen deutschen Volkes gerichtet wurde. Um alle Profite, die man der Rüstungsindustrie, den Handelsbaronen, den Großhändlern zuschanzte, hat sich die Bewilligungsmaschinerie des Zentrums in erster Linie verdient gemacht.

Gewiß liefern auch die anderen dogmatischen Kirchen Beiträge zu dem Kapitel „Religion und Profit“. Aber die katholische Kirche ist der Inbegriff. Aber die Idee des Geschäftemachens unter dem Deckmantel der Philantropie und im heiligen Namen Christi zum System ausgebildet. Wie sie sich die Auswirkung dieses Systems auf dem Boden der Sozialpolitik denkt, verriet mit großer Offenherzigkeit die Enzyklika des „Arbeiterpapstes“ Leo XIII. vom Jahre 1891 über „Die Bedingungen der Arbeit“, wo es heißt: „Die Hauptsache ist die Sicherstellung des Privateigentums durch gesetzliche Verfügung und die Polizei. Besonders wesentlich in diesen Zeiten lüsterner Gier ist, die Menge innerhalb der Grenzen der Pflicht zu halten.“

Kirchen werden mit Geld gebaut. Es ist selbstverständlich, daß die Reichen, die es in erster Linie hergeben, dafür eine dominierende Stellung und den Schutz der kirchlichen Autorität verlangen. Wohl gibt es heute bereits viele Geistliche, die mit der proletarischen Masse fühlen und, wie diese, den auf ihnen lastenden Druck der Privilegienhaber nur widerwillig erdulden. Aber die Angst um ihre Stellung zwingt sie zu heucheln. Nur die soziale Revolution kann die Kirche zwingen, ihre Kampfpolitik zur Verteidigung des Schmarohertums und der Ausbeutung aufzugeben.

Dr. M. A.

frage müßte, wie vom Internationalen Gewerkschaftsbund wiederholt verlangt, durch ein unparteiisches, vom Völkerbund eingerichtetes Schiedsgericht entschieden werden. Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes ist eine gewalttätige Verletzung des Friedenszustandes in Europa verbunden, eine Willkürpolitik, die weiterhin den ökonomischen Wiederaufbau Europas lähmt und namentlich dadurch der ganzen Auffassung unseres Zeitalters widerspricht, daß freie deutsche Arbeiter unter der Aufsicht französischer Soldaten arbeiten sollen. Gleichzeitig sprechen wir unseren Protest und unseren Abscheu vor den Übergriffen auf deutsche Arbeiter und deren Erschießung durch französische Soldaten aus. Was hier geschehen ist, verletzt unser Rechtsempfinden und zwingt uns, die französische Regierung aufzufordern, so schnell wie möglich ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen und die Wiedergutmachungsfrage durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen.

Im Namen der Vereinigten Gewerkschaften: Karl F. Madson, Alfred Christensen.

Tages-Neuigkeiten.

Terror — im Dienste des Herrn. Die Sozialistische Presse brachte in den letzten Tagen eine Notiz des Inhalts, daß das bischöfliche Konfessionarium in Prag die Geistlichkeit aufmerksam macht, jenen Katholiken, welche ihre Kinder nicht an Religionsunterricht teilnehmen lassen, im Reichstube keinen Sündenablass und ihnen auch kein kirchliches Begräbnis zu gewähren. Diese Verfügung des Prager Kirchenfürsten steht im krassen Widerspruch zu den Worten, die da die Pfaffen in alle Welt zu posaunen drücken. Hat sich schon vor einigen Wochen der Heilige Vater in höchst eigener Person bemüht, erachtet, in einem Rundschreiben an alle Bischöfe der Tschechoslowakei auf die umfangreiche Abfallbewegung von der römisch-katholischen Kirche in diesem Staate aufmerksam zu machen und Richtlinien zu deren Dämpfung gegeben, so beschließt die Verfügung des Prager Konfessionariums noch kräftiger unsere Meinung über den „Aufstieg“ der Sozialistischen Bewegung in diesem Staate. Es geht bergab. Allerdings sei zu geben, daß die römisch-katholische Kirche auch in der Tschechoslowakei noch über einen gewaltigen Reichtum verfügt, allerdings nur auf Grund der Ausbeute aus den verschiedenen Kaufmärkten. Wir sagen nicht zu, wenn wir behaupten, daß sich 70 Prozent der in den Kaufmärkten der Kirche Verzeichneten in der Tat vom Plunder der kirchlichen Dogmen bereits losgesagt haben. Es ist aber evident, daß die Zahl derer, die offen und mutig ihre andere Gesinnung bekennen, immer größer wird. Die Verfügung des Prager Kirchenfürsten an die Geistlichkeit ist umso bemerkenswerter, als sie den Beweis erbringt, daß die Kirche wieder einmal zum altbewährten Mittel der Gewalt greift, um Überläufer zu machen. Wie aber haben die Überzeugung, daß der neueste Maß des Prager Konfessionariums gerade in dieser seiner Fassung das Gegenteil vom Erwünschten zeitigen muß. Beweist er doch, wie die Kirche ihr Gebot: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ befolgt. Mit zynischer Offenheit wird zugabgeben, was die Verkünder der Lehre Christi so hartnäckig negieren: daß die Gewalt die Regentia des Aleris geworden ist. Den gottlosen Sozialdemokraten macht man gerade im Lager der Sozialisten mit Vorliebe den Vorwurf des terroristischen Vorgehens. Was aber müssen gerade die „Gottlosen“ sehen? Daß man den größten Terror im Lager der Prediger der christlichen Liebe, unserer Gefassten und Pfaffen vorfindet. Wir müssen schon sagen, daß wir uns über diese plumbe Entschließung des Prager Kirchenfürsten herzlich freuen. Sie wird das in erhöhtem Maße bewerkstelligen, was sich die gesamte Aleris nicht erhoffte: Massenaustritte aus der Kirche.

Die „Dokumente“ der reichsdeutschen Protestanten. In dem Blatte der tschechischen Großkapitalisten, der „Karobni Demokracie“, war gestern folgende Notiz zu lesen:

Die Komödie mit den hungernden Kindern aus Deutschland. An Stelle der verhungerten Kinder aus dem Reich, erscheinen auf gedrehter und aufgedumelter Großstadtschulden, denn auf diese Weise ein Ausflug in die unbeliebte Republik ermöglicht wurde. Die Pflegenden der Kinder beschwören sich, daß diese nicht einmal essen wollen, da sie an andere Delikatessen (!) gewöhnt sind!

Wer die verhungerten Kinder aus dem Ruhrgebiet und aus Deutschland gesehen hat, die sich in den deutschen Gebieten Böhmens erholen sollen, der wird ermessen können, mit welcher chaotischen Hast diese Feilen der „Karobni Demokracie“ geschrieben sind. Man braucht über sie nicht viel Worte zu verlieren: Sie richten sich selbst.

Noch eine schöne Empfehlung von Marshall Foch. Amtlich wird gemeldet: Vor dem Verlassen des Gebietes der Republik sandte Marshall Foch an Minister Dr. Beneš folgendes Telegramm: „Prag, 17. Mai. Bevor ich nach Frankreich zurückkehre, will ich Ihnen nochmals meine Gefühle der großen und aufrichtigen Freundschaft für Ihre so herzliche Aufnahme und für die Augenblicke ausdrücken die Sie mir mitten in den auf Ihnen ruhenden schweren und verantwortlichen Aufgaben widmeten. Ich spreche der Frau Beneš meinen Dank und meine hochachtungsvolle Empfehlung aus und ich verfidere Sie aufs neue, lieber Minister, meiner treuen

und ergebenen Freundschaft. Marshall Foch.“ — Es wäre nun an der Zeit, daß der liebe Minister Beneš und auch erzählte, welche Freundschaftsbeweise er dem großen Marshall gegeben. Daß Foch nur für die schmachtliche böhmische Küche im Hause des Herrn Udrkal oder für die so glänzend verlaufene Parade am Invalidenplatz so des Dankes voll wäre, glaubt bestimmt nicht einmal die Frau Beneš.

Herr Maslyn und Gemahlin erlauben sich... Das Pressbureau meldet: Am 13. Mai veranstalteten der außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte Minister der tschechoslowakischen Republik Dr. V. Maslyn und Gemahlin in der Londoner Gesandtschaft eine Reception zu Ehren der englischen Parlamentsmitglieder und ihrer Damen vor deren Abreise zu der in Prag stattfindenden internationalen parlamentarischen Handelskonferenz. — Wenn wir uns recht erinnern, ist das binnen wenigen Wochen die dritte „reception“, die Herr Maslyn und Gemahlin aus Anlaß der parlamentarischen Handelskonferenz veranstaltete. Wenn in allen Ländern die verschiedenen Maslyn unserer Republik die gleiche Vorliebe für „Receptionen“ bekunden, dürfte diese Animererei für die Prager Konferenz und diese erst recht ein lehrer Spaß werden.

Für die Abschaffung der Passvisa. Anlaßlich der Tagung der interparlamentarischen Handelskonferenz in Prag, unterbreitete die Union der Geschäftsreisenden und Vertreter, als Nachgruppe des Einheitsverbandes der Privat- und öffentlichen Angestellten in der tschechoslowakischen Republik, derselben ein Memorandum, in welchem auf die Schwierigkeiten, die dem internationalen Reiseverkehr seitens aller Staaten, insbesondere der balatstschischen Staaten bereitet, hingewiesen wird und das Verlangen gestellt, im Interesse der gegenseitigen Handelsbeziehungen die Visa als ein zweckloses Hindernis abzuschaffen. Da diese Frage eine zwischenstaatliche sei, kann sie nur durch eine zwischenstaatliche Vereinbarung geregelt werden. Nach einer sachgemäßen Schilderung der ungeheureren Schwierigkeiten, die den Geschäftsreisenden und Sekretären bei Gewährung der Visa, der Durchfahrtsvisa und der Aufenthaltserlaubnisse bereitet werden, stellt die Union an die interparlamentarische Handelskonferenz die Bitte, sie möge diese Frage in Verhandlung ziehen und den beteiligten Staaten empfehlen, die Visa abzuschaffen, im Notfall auf die Dauer der Passlosigkeit, für den Aufenthalt in den einzelnen Ländern die Visa kostenlos zu erteilen. Durchfahrtsvisa sind überhaupt abzuschaffen. Für das Ubergangsstadium der außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse sind den Verursachenden die eingeführten Vorbehalte unbedingt zu gewähren. Die Geschäftsreisenden, fremde Staatsangehörige, die in einzelnen Ländern vorübergehend tätig sind, sind von allen Gebühren und Steuern zu befreien.

Zwangsgebühren der Arbeiterkassen. An den „Tendebaste Blau“, der tschechischen Richterzeitung, wird verlangt, daß die Richter mit Rücksicht auf die ungeheure Summe der bemessenen Zwangsgebühren dabei die größte Rigorosität walten lassen. Insbesondere wird in dieser Notiz darauf verwiesen, daß nach § 1154 b APO, der Arbeitnehmer für die Zeit, die er in Erfüllung seiner Pflichten bei Gericht zugebracht hat, vom Arbeitgeber den Lohn verlangen kann. Das Gericht könne daher diesen Zwangs die Gebühren verweigern. An der Praxis werde aber diese Bestimmung allmählich beachtet. Soweit wir berichten sind“, schreibt die Richterzeitung weiter, „pflegen die Zwangs keine Beschwerden gegen die Verweigerung der Zwangsgebühren zu erheben, sondern begnügen sich mit der Ausbeutung des § 1154 b, besonders, wenn ihnen das Gericht eine angemessene schriftliche Bestätigung gibt.“ In einer Anmerkung zu dieser Notiz wird auf die entgegenstehende Ansicht des Dr. Hans Grohmann in der „Pravda“ verwiesen, wonach die Zwangsgebühren vom Staate und nicht vom Arbeitgeber zu zahlen wäre, aber es wird den Gerichten empfohlen, die größte Sparigkeit bei der Bemessung von Zwangs- und Zwangsgebühren anzuwenden. Unseres Erachtens ist allerdings der Arbeitgeber zur Lohnzahlung verpflichtet, immerhin kann es nicht Sache des Gerichtes sein, den Arbeiter durch Verweigerung der Zwangsgebühren in einen ewigen Prozeß mit dem Arbeitgeber zu treiben.

Aufhebung des Gesetzes über strafrechtliche Behandlung der Schmutzgelandschaft. Beide Häuser des Parlamentes haben die Aufhebung des Gesetzes, durch welches die Schmutzgelandschaft strafrechtlicher Verfolgung unterstellt wurde, beschlossen, jedoch einstimmig ablehnt dieser Art, soweit die Ausfuhrbewilligungen nicht durch den Staat, nicht mehr dem Strafgericht, sondern der Justizverwaltung der Finanzbehörden, behufs Abwendung unterliegen werden. Die „Coase Stovo“ erklärt, sollen die wegen solcher Delikte Verurteilten, welche die Strafe noch nicht angetreten haben, vom Präsidenten der Republik entweder einzeln oder gruppenweise amnestiert werden, d. h. es soll ihnen die gerichtliche Strafe nachsehen werden.

Bei der Aufhebung des Gesetzes war die Erwägung maßgebend, daß Gegenstände, deren Besatz in der Republik entsprechend abgedeckt ist, ausgeführt werden können und sollen.

Der Erste Deutsche zu Montag in der Tschechoslowakei wurde Freitag mit einem Begrüßungsband eröffnet. Der Obmann des Karlsbader Volkskomitees, Rechtsanwalt Dr. Wiederer, begrüßte die aus allen Teilen der Republik sowie aus dem Auslande erschienenen zahlreichen Juristen. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen Samstag und werden am Sonntag fortgesetzt werden. Abgeordneter Professor Dr. Kassa wird über die Reform des

allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch. Abbot Dr. Karl Fuchs (Prag) über die Reform des Enteignungsrechtes, Prof. Dr. Handberg über die Reform des Rechtsstudiums und Ministerialrat Dr. Max Weiß über den Gerichtsstand des Arztes referieren. Gutachter zu den einzelnen Referaten sind: Prof. Dr. Caon Weiß, Dr. Daninger (Nagardorf), Ministerialrat Dr. Lusch und Dr. Franz Adler (Prag).

Von einem kommunistischen Schwindler namens Lieben aus Schönfeld bei Marienbad berichtet der Karlsbader „Volkswille“: Lieben hat nicht nur 2000 Kronen für sich verwendet, die den Arbeitern gehört hätten, sondern er hat bei verschiedenen Geschäftleuten auf das Konto von Arbeitern Schulden gemacht. Er trank Bier und ließ sich Zigaretten von Gastwirten geben — siehe die Wirte Kohnhauer und Kraus — und erklärte dann, daß der oder jener Arbeiter es bezahlen werde. Auch die Gendarmerie hat der Sache ihr Augenmerk zugewendet und Lieben dürfte nun auch mit dem Strafgefängnis in Kontakt kommen.

Ein 73jähriger Vater als Mörder. Nach einer Meldung aus Komotau fiel in letzter Zeit am Dienstag der 73jährige Ausgedingter Franz Ender, der seit letzter Zeit mit seinem Sohn in ständiger Unfrieden lebte, über diesen her und verfechtete ihm mit einer Holzgabel einige Stiche auf den Kopf. Der Ueberfallene, der blutüberströmte und schwerverletzt zusammenfiel, hatte noch so viel Kraft, daß er um Hilfe rufen konnte. Als Nachbarn herbeikamen, verbarrikadierte sich der alte Ender im Stalle und nur mit Mühe gelang es den Gendarmen, die Tür aufzubrechen und seiner habhaft zu werden. Sein Sohn war inzwischen in schwerverletztem Zustande mit verschlagener linker Schädeldhälfte ins Komotauer Bezirkskrankenhaus überführt worden. Es besteht die Hoffnung, daß er am Leben erhalten werden wird.

Heimkehr erholungsbedürftiger deutschböhmischer Kinder aus Deutschland. Am 9. Mai trafen in Teschen 50 Kinder ein, die zur Erholung in Zinnowitz an der Ostsee gewillt hatten. Die Kinder, die vor sechs Wochen bläß und mager die Reise angetreten hatten, kamen alle glänzend, erholt zurück. In Zinnowitz waren sie im Dreifach-Kinderheim untergebracht, erhielten eine reichliche Verpflegung und hatten ausgiebige Gelegenheit, Strandbäder zu nehmen. Nach der Ankunft in Teschen erfolgte im Saale der Bezirksverwaltungs-Kommission die Verabschiedung der Kinder, an die Genosse Kogler vor dem Auseinandergehen einige Worte richtete. Aus Vad Sulza in Thüringen kehrien die letzten Kinder am 14. Mai nach siebenwöchentlichem Aufenthalt nach Bodenbach heim. Die Kinder, die gleichfalls alle wohlgeklärt heimgekehrt sind, wurden in die Schulturnhalle geleitet, wo man ihnen Eltern Verhaltensregeln gab. Um die Unterbringung dieser erholungsbedürftigen Kinder in Deutschland hat sich besonders das deutsche Rote Kreuz verdient gemacht, das in selbstloser Weise Platz für die deutschböhmischen Kinder verschaffte, obwohl im Lande selbst die Kinder von der Rot hart betroffen sind.

Wieder ein Unfall in den Chandoir-Metallwerken in Bodenbach. Am Mittwoch früh ist in den Chandoir-Metallwerken in Bodenbach dem Arbeiter Leo Hoffmann aus Blankersdorf, der im Rohrwerk beschäftigt ist, ein Kupferrohr im Gewichte von ungefähr 80 Kilogramm auf den rechten Fuß gefallen. Das Unglück geschah dadurch, daß das Rohr seitlich von einem Rollwagen herunterfiel und der verunglückte Arbeiter nicht mehr Zeit hatte, auszuweichen. Die Verletzung Hoffmanns ist eine ziemlich schwere. — In den Chandoirwerken ist dieser Unfall nur ein Glied in der Kette vieler von Unfällen, die sich während der letzten Jahre in diesen Werken zugetragen haben. Aus keinem anderen Werke werden wohl so viel Unglücksfälle gemeldet, wie aus diesen Bodenbacher Metallwerken, sobald man mit Recht annehmen muß, daß es in diesen Werken mit allen gesetzlichen Schutzvorrichtungen sehr schlecht bestellt ist. Eine Untersuchung der Zustände in diesen Werken wäre dringend am Platze.

Eine internationale Luftverkehrs-Gesellschaft. In diesen Tagen fand in München eine grundlegende Konferenz für Aufnahme des transeuropäischen Flugverkehrs 1923 statt, an der die Schweiz, Bayern, Oesterreich und Ungarn teilnahmen. Nachdem man sich zuvor über Pass-, Post- und Zollfragen geeinigt hatte, wurde als wichtigstes Ergebnis dieser internationalen Luftverkehrskonferenz die Gründung einer Betriebsgemeinschaft beschlossen. In die transeuropäischen Strecken soll auch München-Berlin-München mit einbezogen werden, vorausgesetzt, daß das deutsche Reichsverkehrs- und Finanzministerium Entgegenkommen zeigen. Der Sitz der Gesellschaft wird voraussichtlich Zürich sein, der Sitz der Hauptleitung hingegen in den Mittelpunkt der Linien nach München verlegt werden.

Das Bombenattentat gegen eine jüdische Redaktion in Krakau. Aus Krakau mit vom 18. Mai gemeldet: Im Zusammenhang mit dem letzten Bombenattentat gegen die Redaktion des Blattes „Nowi Dziennik“ hat die Polizei gestern einige nationalistiche Studenten verhaftet. Die Studenten wurden jedoch heute früh wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem die nationale Studentenschaft gestern abends in einer großen Demonstration gegen die Verhaftung ihrer Führer protestiert hatte.

Auch ein erfolgreicher Arzt. Ein lustiges Geschichtchen findet sich in einer englischen medizinischen Zeitschrift. Krüher war jeder chinesische Arzt gehalten, vor der Tür seines Hauses zwei Laternen anzuzünden, wie er im abelaufenen Jahre in seiner Praxis Todesfälle zu verzeichnen

hatte. Eines Tages war der Kaiser von China, der an sich kein sonderlicher Freund der Ärzte war, an einem Unwohlsein erkrankt, und sandte in alle Teile der Stadt zuverlässige Mandariner, um den Arzt aufzutreiben, vor dessen Hause die geringste Zahl von Laternen brannte. Einer der abgehenden Mandariner hatte auch das Glück, ein Haus zu finden, vor dessen Tür nur drei Laternen brannten. In aller Eile wurde der Arzt noch dem kaiserlichen Palast gebracht, und es gelang ihm auch, dem hohen Herrn in kurzer Zeit Erleichterung zu beschaffen. Nach beendeter Kur sagte der Kaiser dem Arzte: „Du mußt ein gelehrter Mann sein, daß du in deiner Praxis so selten einen Fehler gemacht hast. Seit wann läßt du denn deine ärztliche Kunst aus?“ — „Seit heute morgen“, antwortete der Arzt dem erstaunten Kaiser.

Eine Selbstmordepidemie in Paris. In den letzten Tagen ist in Paris eine direkte Selbstmordepidemie ausgebrochen. Allein im Bezirk Le Roussillon verübten in der Nacht zum letzten Samstag nicht weniger als siebzig Personen Selbstmord, unter denen sich auch eine große Anzahl von Kindern befanden. Die Motive der Selbstmorde sind in vielen Fällen direkt kleinlich zu nennen. So sprang ein 15jähriger Bursch mit einem gleichaltrigen Mädchen deshalb in die Seine, weil der Vorgesetzte den beiden gedroht hatte, daß er ihren Eltern von ihrem allerdings ganz unschuldigen Verbrechen Mitteilung machen werde. — Nach der Statistik des französischen Justizministeriums haben in den Jahren von 1865 bis 1885 341 Kinder Selbstmord verübt, in den Jahren 1885 bis 1895 bereits 650 und in den nächsten zehn Jahren schon 695.

Von der Prager Straßenbahn. Die „Rednota“ teilt mit, daß das Projekt der neuen Nummerierung der Straßen und der Änderungen der Streckenrichtungen im ganzen Prager Reich von dem Verwaltungsrat der Prager elektrischen Betriebe genehmigt und beschlossen wurde und daß das Verkehrsbureau sofort an die vorbereitenden Arbeiten schreite. Gleichzeitig wurde genehmigt, daß das Projekt einer neuen Strecke in der Kesselgasse und der Bogen beim Pulverturm mit einem Aufwande von 1.700.000 K durchgeführt werde. Auch die Frage des Schwarzfahrens auf der Tramway wurde erörtert; es werden u. a. Geldstrafen von fünf Kronen für diejenige Passagiere, die ohne Karten angetroffen werden, eingeführt. Die Kondukteure sollen, um ihre Agilität zu erhöhen, Prozente von der Einnahme erhalten.

Dampferverkehr von Prag nach Melnik. In den Pfingstfeiertagen wird von Prag um 6 Uhr 30 Minuten ein Dampfer nach Melnik abgehen. Der Dampfer wird weiter am kommenden Mittwoch und Samstag verkehren. Die Rückfahrt von Melnik erfolgt um 4 Uhr nachmittags. Die Fahrtpreise betragen für eine Reise 10 K, für Kinder 6 K, Tour-Retourkarten 15 K, für Kinder 9 K.

Ein Raub in der Hauptstraße von Bukarest. Vor einigen Tagen drangen maskierte Räuber in eine Wohnung auf dem Elisabethenleivard, der Hauptstraße von Bukarest, ein und zwangen die Bewohner durch Vorhaltung von Revolvern, ihnen 500.000 Lei und sämtlichen Schmuck herauszugeben. Der Polizei, die sofort Erhebungen einleitete, gelang es bisher nicht, einen der Räuber festzunehmen.

Tod in den Bergen. Eine Innsbrucker Touristengesellschaft wurde während der Besichtigung des Großglockners von Schneefürmen überrascht, wobei der Disponent Rudolf Arnold den Tod durch Erfrieren fand.

Vom Blitz getödtet. Dieser Tage ging über die Gemeinde Leskov bei Tabor ein Wolkenbruch nieder. Während des Unwetters schlug ein Blitz in das Gebäude des Bauern Hecjanel ein, tötete dessen 15jährige Tochter, verletzete eine um zwei Jahre ältere Tochter schwer und steckte das Gebäude in Brand. Das Gebäude brannte vollständig nieder.

Ein Leichenfund. Bei Plahodf gegenüber der Burgruine Hoffenstein hat der Jäger Josef Lipmann einen in stark verwesendem Zustande befindlichen männlichen Leichnam gefunden. Er war mit Steinen zugedeckt und dürfte mindestens zwei Jahre gelegen sein. Von Kleidungsstücken wurde nichts mehr vorgefunden. In der Nähe fand man ein verrostetes Taschenmesser. Wie sich bei der inzwischen vorgenommenen amtlichen Feststellung zeigte, ist ein heftiger Schlag über den Kopf, der mit einem scharfen Gegenstand geführt wurde, die Todesursache. Es dürfte sich um ein Opfer eines Raubmordes handeln. Der Tote dürfte ungefähr 20 Jahre alt gewesen sein.

In der Lehmgrube verschüttet. Die Arbeiterin A. Roste in Podol bei Busau grub dort letzten Freitag auf einer Lehmstätte. Plötzlich wich der Boden unter ihren Füßen, die Lehmstätte senkte sich und große Lehmhollen stürzten von allen Seiten über den Kopf des unglücklichen Mädchens zusammen. Erst nach vierstündiger Arbeit gelang es das Mädchen zu bergen, doch war der Tod schon eingetreten.

Die Zunahme der Herzkrankheiten in Amerika. Bereits im März 1920 hatte der Rechenschaftsbericht der Metropolitan-New Yorker Lebensversicherungsgesellschaft an Hand der Untersuchungsprotokolle der amerikanischen Versicherungsgesellschaften auf die bemerkenswerte Tatsache hingewiesen, daß die Zahl der in den Vereinigten Staaten an Herzkrankheiten aller Art leidenden Personen auf mehr als zwei Millionen Patienten zu schätzen ist. In den folgenden beiden Jahren haben sich die Verhältnisse noch weiter verschlechtert. Denn nach den Ziffern der im Bericht von Herbst 1922 veröffentlichten Statistik weist in den Vereinigten Staaten und Kanada im Jänner 1922 die Sterblichkeit auf Herzkrankheiten das Verhältnis von 137,2 auf 10.000 Einwohner gegen 127,7 im Jahre 1921 auf. Wie der Bericht dazu ausführt, hat der Krieg in den an ihm beteiligten Ländern die Disposition für Herzkrankheiten gesteigert,

Der preußische Offizier.

Von Joseph Roth (Berlin).

Der Herr Offizier ohne Kaiser kommt sich überflüssig vor, wie ein Zeiger ohne Zifferblatt; wie ein Magnet, der weit und breit keine Eisen splitter findet; wie eine Magnetnadel, die ihren Kurs vergessen. Ihm ist fast so traurig zumute, wie wenn man das Kasino demoliert, oder die Kanzlerecke nach dem Wedding verschoben hätte. Während er so dasteht, gleitet unter seinen Füßen der Boden mit samt den gegebenen Tatsachen, wie die Jazztreppe im Lunapark. Während er schreit, läuft ihm die Straße zuvorn. Er bleibt gleichsam immer hinter dem Pflaster zurück, das er tritt. Vergeblich läuft er seinen eigenen Wegen nach. Die ganze Umwelt hat längere Beine.

Hat doch die Geschichte selbst keine Anhaltspunkte mehr, seitdem sie nicht von Thronbesteigung zu Thronbesteigung geht. Ohne die Marksteine der Regierungsjubiläen vollziehen sich die Ereignisse. Da sie nirgends eine Grenze finden — was Wunder, daß sie da übers Ziel schießen?

Der Herr Offizier sieht, blickt er nach oben, einen Borgehnten. Er blickt höher und äugt den Regimentskommandanten. Ueber diesen enthüllt sich achtungsvollem Blick der Herr Minister. Aber just über dem Minister fehlt etwas.

Just über dem Herrn Minister sieht der Herr Offizier eine Zivilperson. Ihm ist, als wäre er eines Tages erwacht und es hätte jemand über Nacht den Himmel von der Erde abgenommen, wie man etwa eine Kirchenkuppel abnimmt. Und statt des Himmels wälzte sich nun eine gewöhnliche Porzellanplatte über dem Deutschen Reich.

So sieht eine Republik aus, denkt der Herr Offizier. Der Allerhöchste Kriegsherr hat Holz in den Wäldern von Amerongen. Dem Kronprinzen diktiert ein Jubel Erinnerungen, und manchmal demonstriert Kononensfutter. Rekruten, die nicht einrücken — hat kein Stellungsbefehl sie erreicht? Versagte die Polizei? Wie ging die Ordnung dieses Staates in Scherben?

Der Offizier trägt einen schönen Anzug aus hellgrauem Tuch und es ist doch nicht der Rock des Kaisers. Wie kann diese Uniform nicht Rock des Kaisers sein? Ist sie aber Rock des Präsidenten — weshalb hat sie dann nicht den Schnitt des Cutaways?

Zur Linken hängt ein sämliches Eisen mit Portecpe versehen, eine silberne Waage, baumelnd, wie eine reife Frucht. Auf den Schultern, links und rechts, wo andere die Verantwortung tragen, ruhen blühende Abzeichen des Ranges. Leise klingen die Sporen, heiser gelaufen auf dem republikanischen Pflaster.

Der Herr Offizier geht über die Straße. Jagges Metallgeräusch kündigt ihn an. Er fühlt sich fremd in der Welt. Er glaubt, vorwärts zu gehen. Berrückt gewordene Uhren zeigen vorgeschobene Stunden. Terroristen sitzen hinter den Zifferblättern, die Zeiger künstlich vorwärts treiben. Alle Wege führen nach Amerongen.

Nur im Kasino lüdt unbedirt eine Normalmuhr mitteleuropäischer Kaiserzeit. Der Bursche bedient. Das Geräusch seiner zusammenschlagenden Halsen forrriert das Bewußtsein, das bereits bei der Republik angelangt war. Noch stehen Joseph von Lauffs gesammelte Werte in der Bibliothek. Die „Wache“ liegt im Lesezimmer. Ein Kaiser aus Gips steht ungestört und ewig auf dem Sockel. Kasinowände haben keine Ohren. Musikische Platten bewahren jeden Besucher vor den Schallwellen der Gegenwart. Pietätswatte steckt der Herr Offizier in die Ohren. Und sein Wagnel vermittelt beharrlich schwarz-weiß-roten Sehstoff der Vergangenheit dem zufriedenen Auge.

Die Sanftmut der Taube ist keine Tugend. Die Taube ist nicht tugendhafter als der Wolf. Die Tugend beginnt erst dort, wo die Anstrengung beginnt. Leo Tolstoi.

Leiden sind die unerlässliche Vorbedingung unseres körperlichen, wie auch unseres geistigen Wachstums. Leo Tolstoi.

Die Leiden eines unverständigen Lebens führen uns zur Erkenntnis der Notwendigkeit eines verständigen Lebens. Leo Tolstoi.

Wenn du dich unfrei fühlst, dann suche die Ursache in dir selbst. Leo Tolstoi.

Jede Selbstbetäubung, womit sie auch erfolgen mag, ist zwar noch kein Verbrechen, doch ist sie bereits die Vorbereitung zu jeglicher Art von Verbrechen. Leo Tolstoi.

Die Pensionsanstalt für Angestellte

Die allgemeine Pensionsanstalt mit dem Sitz in Prag erstreckt sich, wie ja allgemein bekannt, über den ganzen Staat; dort in der Zentrale fließen ganz gewaltige Summen zusammen, die im Interesse der Versicherten für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit und der Hilflosigkeit, sowie für andere ähnliche Zwecke durch die Verwalter der Anstalt — den Präsidenten, die Verwaltungskommission und das Direktorium — nutzbringend und sicher angelegt werden müssen. Der Versichertenstand betrug mit Ende März d. J. 161.343; gegenüber dem Stande vom 1. Jänner 1923 mit 159.327 ist dies wohl eine absolute Steigerung, doch muß hiebei beachtet werden, daß in dieser Zeit eine Reihe von großen Erbschaftstitulen der Allgemeinen Pensionsanstalt einverleibt wurden und die Zahl der Annahmen aus der Slowakei besonders in die Wagchale fällt. In Wirklichkeit scheiden durch die Krise viele Angestellte aus der Anstalt aus; hiebei sei noch hervorgehoben, daß Prag I (Hochsch) im ersten Vierteljahr 1923 von 67.848

auf 68.840, Brünn II (Hochsch) von 16.174 auf 16.231 gestiegen, hingegen Prag II (deutsch) von 42.748 auf 42.236 und Brünn I (deutsch) von 14.006 auf 13.390, sowie Troppan (überwiegend deutsch) von 8485 auf 8254 gesunken sind. Der Mitgliederstand bei der deutschen Landesstelle II in Prag wäre noch weit geringer, wenn nicht inzwischen die Erbschaftstitule der Bergbeamten (Brüg) und der Firma Weinmann (Luffig) in die Anstalt mit über 3000 Mitgliedern überführt worden wären. — Die Prämienvorschriftung für das erste Vierteljahr 1923 betrug 44.338.297 K, auch hier zeigt sich ein Anstieg gegenüber dem Vorjahre. Seit dem Bestande der Anstalt betrug die Vorschriftung nach dem Pensionsversicherungsgesetz 504.327.682 K, eine mehr als stättliche Summe. Dazu kommen noch die Prämien für Mehrversicherung zur Unterstützung bedürftiger Stellenloser und für den Einlauf von Dienstfahnen. Größere Rückstände weisen die beiden Brüner Landesstellen, davon besonders große Brünn II auf. Der Eintreibung der Rückstände wird die größte Aufmerksamkeit gewidmet.

Leistungen: Für Invaliditäts- und Rentenrenten, Erziehungszuschüsse, Altersrenten, Begräbnisgelder, Abfertigungen zuzüglich Prämienrück erstattung und Reserven wurden im ersten Vierteljahr 1923 5.356.188.61 K ausgewiesen, davon entfallen aber auf Prämienentzug und Reserven über zwei Millionen.

Die Aktiven der Anstalt betragen Kronen 406.462.422.55; hiervon sind Bargeld über 63, Pensionschaften über 24, Wertpapiere über 172 und Darlehen über 146 Millionen. Die Darlehen setzen sich zusammen aus solchen an Staat, Land, Gemeinde und Hypothekendarlehen an Genossenschaften, solche mit Staatsgarantie (Vondarlehen); die Wertpapiere sind Staatsanleihe, Prämien- und Investitionsanleihen, Staats- und Reichsanleihe und Eisenbahnanleihen, ferner Länder- und Stadtanleihen, sowie Pfandbriefe. Die Anträge auf Anlage der Gelder werden immer genau überprüft, flüssige Gelder liegen nur in erstklassigen Banken. Die Anlage von Geldern auch bei deutschen Banken bildet immer wieder den Gegenstand der Erörterung; gelegentlich einer solchen stellte der Vorsitzende ausdrücklich fest, daß bei Anlage der Gelder nur das Moment der Sicherheit berücksichtigt werde. Für die Zwecke der Baubewegung sind bisher von der Anstalt über 80 Millionen bereitgestellt worden. In diesem Jahre sollen derartige Kredite nicht mehr gegeben werden.

Wiederholt wurde auch das Problem der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosigkeit so vieler Angestellter erörtert. Hiebei wurde Klage geführt darüber, daß den stellenlosen Angestellten durch das langsame Verfahren bei den Behörden das Unterstühtungsansuchen an die Anstalt häufig sehr erschwert wird; es wurde der anwesende Regierungsvertreter ersucht, das Gehörte dem Minister auf kurzem Wege zur Kenntnis zu bringen, damit die Schwierigkeiten beseitigt werden. Es wurde ferner auch beschlossen, bei den Erbschaftstitulen dieselbe Arbeitslosenfürsorge zu fordern, wie sie bei der Pensionsanstalt eingeführt ist. Diese Forderung wurde beim Verbanne der Erbschaftstitule zum Beschlusse erhoben.

Erfreulicherweise kann nun auch berichtet werden, daß die Liquidation der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte in Wien durchgeführt werden kann. In vielen Sitzungen hat sich das im Sinne der Pariser Verträge eingesezte zwischenstaatliche Komitee für die Liquidation der österreichischen Sozialversicherungsanstalten damit beschäftigt; es wurde eine vollständige Einigung erzielt und feste Grundzüge für die Verteilung der Verpflichtungen und des Vermögens aufgestellt. Nach Ratifizierung durch die beteiligten Regierungen und nach Austausch der entsprechenden Urkunden werden die Beschlüsse durchgeführt.

In mehreren Sitzungen und wiederholt beschäftigte sich die Verwaltungskommission, ebenso eine besonders eingesetzte Kommission mit den bisherigen Ergebnissen der Heilfürsorge; die Frage der Krankenversicherung und insbesondere der Heilfürsorge für die Versicherten der Allgemeinen Pensionsanstalt soll in einer besonderen Enquete besprochen werden, die durch die Organisationen beschrift werden soll. Inzwischen soll die Heilfürsorge der Anstalt auf einen möglichst engen Kreis von Krankheiten beschränkt und nur dann angewendet werden, wenn vollständig erwiesen ist, daß nur ein radikales, von der Anstalt selbst durchgeführtes Heilverfahren auf längere Zeit die nachweisbar drohende Invalidität abwenden oder auf gleiche Weise die Arbeitsfähigkeit bei bereits eingetretener Invalidität zurückgeben kann. — Einem besonderen Ausschuß der Anstalt wird die Aufgabe gesetzt, die Anregungen betreffend die Organisation der Arbeitsermittlung für geheilte Versicherte, sowie auch die Kontrolle der behandelten und die ärztliche Kontrolle nach beendetem Heilverfahren durchzuführen. In diesem Punkte nahm die Verwaltungskommission eine Entschlieung an, durch eine besondere Eingabe sich an die Regierung mit dem Ersuchen zu wenden, daß in den zukünftigen Regierungsentwürfen über die Regelung der Dienstverhältnisse der Privatangestellten auch an die Sicherung der Zukunft solcher Versicherte gedacht werde, die infolge eines eingeleiteten Heilverfahrens gezwungen sind, einstweilen ihre Beschäftigung aufzugeben und deshalb gegenwärtig durch die längere Erkrankung ihrer Dienststellungen beraubt werden, wodurch dann der Erfolg des kostspieligen Heilverfahrens oft in kurzer Zeit zunichte gemacht wird; ferner, daß die Anstalt intensiv den Gedanken der Errichtung geeigneter Erholungsheime befolge.

Inzwischen wurde in Marienbad das Hotel „Windobona“ als Erholungsheim für die Versicherten der Anstalt angekauft. Hierüber wurde in unserem Blatte schon berichtet.

Dies ein kurzer Auschnitt aus der Tätigkeit der Anstalt in den letzten Monaten.

Kleine Chronik.

Eine brennende Deliquente. Eine bei Keren in Texas nennend die Petrobrunnelle, die in wenigen Stunden 3000 Fässer Öl und 20 Millionen Kubikfuß Gas lieferte geriet plötzlich in Brand, wobei eine Stichflamme rund 35 Meter hoch gegen den Himmel schoss. 16 der an der Stelle beschäftigten Arbeiter verschwand sofort in dem riesigen Brandherd und 20 andere werden vermisst. Zwei Arbeiter konnten sich auf die Weis retten, daß sie sich durch die Inletts Delikat nach oben hindurcharbeiteten. Die Ursache des Brandes war ein Funken, der bei der Arbeit in den Felsen von einem Hammer absprang und das ausströmende Gas in Brand setzte. Das Feuer ist bis zur Stunde noch nicht gelöscht.

Brand von Weinslagern. In den Weinslagern im Pariser Vorort Veres ist, wie Havas meldet, ein großer Brand ausgebrochen, der wahrscheinlich auf einen Kurzschluss zurückzuführen ist. 50 Fässer mit 300 Hl. Wein sind verbrannt. Mehrere hundert Hektoliter Wein sind ausgegossen. Feuerwehrlöschtruppen konnten den Brand schließlich löschen; der Schaden ist sehr bedeutend.

Gerichtssaal.

Der Prozeß gegen die Mörder Birneders.

Wien, 18. Mai. (Eigenbericht.) In dem Prozeß gegen die Mörder Birneders wurden heute weitere Zeugen einvernommen, unter denen sich auch der Leiter der „Ostara“-Gruppe Oberleutnant Alexander Szabo befand. Szabo gibt bei der Zeugeneinvernahme an, daß in die „Ostara“-Gruppe nur Leute aufgenommen wurden, die überzeugte Monarchisten waren. Auf die Frage des Vorsitzenden, woher die von den Leuten der „Ostara“-Gruppe verwendeten Waffen stammen, erklärte Szabo, daß er auf diese Frage nicht antworten könne, da er sonst andere Leute hineinziehen müßte. Der Vorsitzende macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er nur dann die Antwort auf Fragen verweigern dürfe, wenn ihm selbst aus der Beantwortung ein Schaden erwächst.

Szabo: „Wenn ich antworte, so wäre das ein Schaden an meiner Ehre, da ich mich zum Stillschweigen verpflichtet habe.“

Der Vorsitzende erklärt hierauf, daß er den Zeugen von der Beantwortung der zuletzt gestellten Frage entbinde. Der Vorsitzende fragt dann den Zeugen, ob er sich der Gefährlichkeit der Waffen bewußt war und ob er weiß, welche furchtbare Verletzungen sie herbeiführen können.

Szabo: „Das weiß ich.“ (!)

Vorsitzender: „Haben Sie es nicht im höchsten Grade für gefährlich gehalten, die Waffen Leuten zu geben, die Sie gar nicht gekannt haben. Wenn sich die Leute bedroht gefühlt hätten, so hätten ja viel schwächere Waffen genügt.“

Szabo: „Es sind mir keine anderen Waffen zur Verfügung gestanden.“

Vorsitzender: „Wie konnten Sie einem solchen Menschen wie Czermak, der bereits zweimal wegen Diebstahls verurteilt war, eine Waffe in die Hand geben.“

Szabo: „Ich wußte nicht, daß er verurteilt ist.“

Vorsitzender: „Die Erkundigungen über ihre Leute müssen sehr wenig erschöpfend gewesen sein! Und solchen Leuten geben Sie Waffen in die Hand!“

Als nun der Vertreter der Privatbeteiligten Szabo fragt, welcher monarchistischen Gruppe er angehört, protestiert der Verteidiger der Angeklagten gegen diese Frage, da die Vertreter der Privatbeteiligten nicht Vertreter der sozialdemo-

kratischen Partei seien. Der Vorsitzende erklärt jedoch, daß er alle Fragen zulasse, da alle Beteiligten zur Aufklärung des Falles beitragen müssen.

Es wurde heute auch das Gutachten des Gerichtspsychiaters über den Geisteszustand des Angeklagten Dietl verlesen. In diesem Gutachten wird der Angeklagte als ein zwar degenerierter, geistig aber vollständig normaler Mensch erklärt, bei dem die Phantasie eine große Rolle spielt.

Die Sachverständigen im Schöffsaal stellen fest, daß alle Waffen tödliche Wirkungen haben müssen. Das Geschloß, das dem Schwerverletzten Genossen Kartusch aus der Wunde gezogen wurde, stammt aus der Steyrerpistole Czermaks. Die Pistole des Angeklagten Groß ist im Kriege verwendet worden. Die Schüsse aus dieser Pistole gehen hintereinander ab, wie bei einem Maschinengewehr. Nach dem Gutachten der Sachverständigen ist es nicht ausgeschlossen, daß damals mit dieser Waffe geschossen wurde.

Der Staatsanwalt erklärt nach Abgabe dieses Gutachtens, daß er sich eine Abgabe von Gutachten über alle Waffen vorbehalte, damit festgestellt werde, ob nicht andere Personen, zum Beispiel der Bruder des Angeklagten Bevilacqua geschossen habe.

In der Nachmittagsitzung wurden zwölf Mitglieder der „Ostara“ als Zeugen einvernommen. Sie sagten übereinstimmend aus, daß ein Schuß von draußen gefallen sei. Sowohl der Staatsanwalt als der Vorsitzende erklärten, daß das eine offensichtliche Lüge sei und daß man sie dafür wegen falscher Zeugenaussage einsperren sollte. (Sie wurden aber nicht eingesperrt!) Dann wurde ein Sprengleiter der „Ostara“ vorgeführt, der gegenwärtig im Landesgericht wegen Diebstahl in Haft ist. Er sagte nichts Wesentliches aus. Zum Schluß verwies der Verteidiger darauf, daß die Angeklagten nur wegen Kollisionsgefahr und zwar drei Monate in Haft sitzen. Das Gericht beschloß hierauf, drei von den Angeklagten auf freien Fuß zu stellen, den Angeklagten Czermak aber wegen Fluchtgefahr in Haft zu behalten, da er bereits wiederholt wegen Diebstahl verurteilt ist.

Das neugeborene Kind in den Abort geworfen.

Prag, 18. Mai. Die am 18. Juni 1903 geborene Anna Schneider, die in Prag als Dienstmädchen beschäftigt ist, wurde am 24. Jänner in ihrem Dienstmädchenzimmer bei der Arbeit plötzlich von Geburtswunden befallen und gebar ohne Beihilfe einer Hebamme ein Kind, das sie in die Abortmuschel warf. Die Leiche des Kindes wurde am nächsten Tag im verstopften Kanaltrohr des Hauses gefunden. Die Schneider gestand auch, daß sie sich des Kindes auf diese Weise entledigen wollte. Die Staatsanwaltschaft erhob zuerst gegen die Schneider die Anklage auf Kindesmord, sodas der Prozeß vor das Schwurgericht hätte kommen müssen. Im Laufe des Untersuchungsverfahrens wurde die Anklage jedoch abgeändert und nur wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens erhoben. Bei der heutigen Verhandlung verteidigte sich die Angeklagte damit, daß sie damals nach der Geburt des Kindes, da dieses keinen Laut von sich gab, angenommen hätte, das Kind sei tot. Das Strafenat schenkte diesen Ausführungen der Angeklagten Glauben und verurteilte sie nach durchgeführtem Beweisverfahren wegen Vergehens der Gefährdung gegen die Sicherheit des Lebens zu sechs Wochen schweren Kerkers bedingt. Bei der Verhandlung kam auch zutage, daß die Angeklagte bereits zweimal einen Abortus durchgeführt hat und daß sie deshalb

so bald auf Abwege geriet, weil sie im Alter von drei Jahre ihre Mutter und daher bei ihrer Erziehung den ganzen Rückhalt verlor.

Eine Verleumdung.

Prag, 18. Mai. Vor einem Prager Bezirksrichter fand heute eine Ehrenbeleidigungsklage statt, die Dr. Soral gegen den Kesselwächter Friedrich Sitta erhoben hatte. Der Angeklagte, der Obmann einer Betriebskrankenkasse ist, bei der Dr. Soral Dienst versteht, hat einmal auf dem Hofe der Fabrik in einem Gespräche die Äußerung fallen lassen: „Dr. Soral tötet mit seinen Injektionen die Leute“. Der Angeklagte spielte mit dieser Äußerung auf die Behandlungsmethode des Dr. Soral an, der an Tuberkulose erkrankte Arbeiter durch Injektionen zu heilen versucht. Vor dem Bezirksrichter — ODR. Wron — gab Sitta heute den inkriminierten Ausdruck zu, konnte jedoch einen Wahrheitsbeweis nicht erbringen, sodas er zu 300 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde. Der Angeklagte hat nach Beurteilungsverkundigung um bedingte Zuerkennung der Strafe.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Sozialversicherung.

Die Regierungsvorlage.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat den Entwurf der Sozialversicherungsvorlage bereits fertiggestellt. Wir beschränken uns heute auf eine Inhaltsangabe der aus 20 Paragraphen bestehenden Vorlage und werden zu dem Entwurf noch ausführlich Stellung nehmen. D. Red.

Die bisherigen Bezirkskrankenkassen werden in Bezirksversicherungsstellen umgewandelt. Sie werden die Beitragsanmeldestellen und Exekutivorgane der Zentralen Sozialversicherungsanstalt. Die Verwaltung der Bezirksversicherungsanstalten führt ein Vorstand, in den die Generalversammlung der Delegierten der Versicherten acht Mitglieder und der Aufsichtsrat der Unternehmer 2 Mitglieder entsendet. In den Aufsichtsrat wählen die Unternehmer acht Mitglieder, zwei Mitglieder wählt der Vorstand der Kassa aus den Versicherten. Der Direktor, Kassier und Hauptbuchhalter werden von der Zentralversicherungsanstalt ernannt. Die Zentrale in Prag wird von einem 10gliedrigen Vorstand geleitet. Den Vorsitzenden dieses Vorstandes ernannt der Präsident der Republik auf die Dauer von vier Jahren. Fünf Mitglieder werden aus der Gruppe der Versicherten, drei aus der Gruppe der Unternehmer bestimmt, wozu noch zwei Fachleute kommen. Der Ausschuss der Zentralanstalt besteht aus dem Vorsitzenden und vierzig Mitgliedern, von denen zwanzig dem Kreise der Versicherten, zwölf dem der Unternehmer entnommen werden, nebst acht Fachleuten.

Die Alters- und Invalidenversicherung erstreckt sich auf alle gegen Lohn arbeitenden Personen zwischen 14 und 60 Jahren. Die Privatangestellten, Beamten und Bergarbeiter, sowie die Staatsangestellten, sind davon ausgenommen.

Die Anzahl der Versicherten, auf die die neue Alters- und Invalidenversicherung sich erstrecken wird, wird auf 2.500.000 bis 2.800.000, davon ein Drittel Frauen, geschätzt. Die bisherige Unfall- und Kranktenversicherung bleibt aufrecht. Zur Entscheidung von Streitfragen wird ein aus drei Instanzen sich zusammensetzendes Schiedsgericht bestimmt. Die erste Instanz bildet das Schiedsgericht der Bezirksversicherungsanstalt, die zweite die Versicherungsgerichte in Prag, Brünn und Pilsen und die dritte das Oberversicherungsgericht in Prag.

Was die Beiträge und Ansprüche betrifft, werden die Versicherten in vier Klassen, A, B, C, D, eingeteilt. Die Prämie beträgt fünf Prozent des Lohnminimums der betreffenden Klasse. Die Invalidenrente sowie die Altersrente nach der Erreichung des 65. Lebensjahres beträgt 600 Kronen jährlich. Dazu kommt ein Viertel der bezahlten Beiträge und der Staatsbeitrag von 400 Kronen jährlich. Danach beträgt die Minimalrente 1300 K außer dem Feuerungsbeitrag, der gemäß dem Index berechnet wird. Die Witwe nach einem Versicherten erhält die Hälfte der Rente und dazu 200 K aus Staatsmitteln. Auf jedes Waisenkind entfällt ein Fünftel der Invalidenrente. Hat der Versicherte Kinder, bekommt er für jedes einen Zuschuß in der Höhe eines Zehntels seiner Rente. Das Gesetz beinhaltet auch einen Anspruch der Witwen, Waisen und Eltern der Versicherten auf Abfertigung. Der Anspruch auf die Invaliden- und Altersrente tritt nach Bezahlung von 200 Wochenbeiträgen ein.

Personen über 60 Jahre werden in den Kreis der Versicherten nicht aufgenommen. Damit aber diese Menschen nicht leer ausgehen, wird ihnen der Staat Unterstützung gewähren. Zu diesem Zwecke sind bereits 130 Millionen Kronen bereitgestellt und zwar 30 Millionen aus dem Ertrag der Umsatzsteuer. Diesbezüglich wird eine eigene Vorlage ausgearbeitet werden.

Versicherung oder Versorgung?

In dem vom Sozialen Institut veranstalteten Vortragszyklus über die Sozialversicherung, sprach gestern im Repräsentationshause der Sekretär der Allgemeinen Pensionsanstalt Dr. Galas über die Bedeutung der Alters- und Invalidenversicherung, welche Millionen von Staatsbürgern vor ihrer wirtschaftlichen Katastrophe in einer Zeit, da ihre Arbeitsfähigkeit, die einzige Quelle ihrer Einkünfte versiegt, rettet. Die Vorlage sichert auch die Witwen und Waisen und arbeitet durch ihre Heilfürsorge systematisch zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der sozial schwachen Schichten. Die mit der Ausarbeitung der Vorlage betraute Kommission hat die Frage erhoben, ob überhaupt eine Sozialversicherung oder eine Versorgung der Staatsbürger nach australischem Muster und weiter ob die nationale Versicherung nach schwedischem Muster oder die auf die wirtschaftlich schwachen Schichten der Nation beschränkte Versicherung eingeführt werden soll. Die Belastung der Staatskasse, welche das australische Muster zur Folge hätte, wie auch die geringe Höhe seiner Versorgungsquoten, entschieden für das Sozialversicherungssystem. Die Versorgung wird bei denjenigen angewendet werden, welche, da sie über sechzig Jahre alt sind, in die Sozialversicherung nicht aufgenommen werden. Die nationale Versicherung erschiebt der Kommission deshalb für untauglich, weil sie für gut Situierte überflüssig und für wirtschaftlich Schwache ungenügend ist. Die Krankenversicherung werde völlig unabhängig sein von der Alters- und Invalidenversicherung. Die Bezirkssozialversicherungsanstalten werden bloß im übertragenen Wirkungskreise verschiedene Funktionen für die Alters- und Invalidenversicherung ausüben, deren Trägerin in der ganzen Republik die Zentralversicherungsanstalt sein wird. Der Vortragende erörterte dann ausführlich den Inhalt der Vorlage, den wir an anderer Stelle wiedergeben. Zum Schlusse seines Vortrages betonte Dr. Galas die Notwendigkeit der Autonomie der Sozialversicherung, deren Aufgabe es nicht sein kann, aus der Nation eine Nation von Pensionisten zu machen.

Mein Reisegefährte.

Von Maxim Gorkij.

Und warum nicht? Da stellte sich heraus, daß er seine Wirtseute nicht bezahlt und als man Geld von ihm forderte, jemand geschlagen hatte. Dann hatte er sich aus dem Staube gemacht und dachte jetzt ganz richtig, daß die Polizei ihm wenig Dank für sein Schuldenmachen und den Schlag wissen würde. Uebrigens konnte er sich auch nicht darauf besinnen, ob er einen, zwei, drei oder vier Schläge ausgehtelt hatte.

Die Lage wurde verwickelter. Ich entschloß mich, so lange zu arbeiten, bis ich genug Geld für ein Bilet bis Batum verdient habe, aber, o weh! es zeigte sich, daß das so sehr bald nicht möglich sein würde, denn der ausgehungerte Schackro aß für drei und noch mehr.

Zu jener Zeit stand infolge der Ueberflutung durch die „Hungernden“ der Lohnpreis im Hafen recht niedrig, und von den täglich verdienten achtzig Kopfen verbrauchten wir beide sechs. Außerdem hatte ich schon vor meinem Zusammenreffen mit dem Fürsten beschlossen, in die Krim zu gehen und hatte deshalb keine Lust, lange in Odessa zu bleiben. Da machte ich nun dem Fürsten Schackro den Vorschlag mit mir zu Fuß zu gehen, und zwar mit folgendem Vorbehalt: wenn ich für ihn keinen Reisegefährten nach Tiflis fände, so wollte ich ihn selbst dorthin bringen, fände ich dagegen einen, so wollten wir uns dann trennen. Der Fürst blidte auf seine eleganten Stiefel, auf seinen Hut, Strich über sein Jackett, dachte nach, seufzte einigemal und willigte schließlich ein. Und so brachen wir beide denn zu Fuß von Odessa nach Tiflis auf.

*) Die aus den südrussischen Hungerdistrikten kommenden Zugvögel.

2.

Als wir nach Cherson kamen, da kannte ich meinen Reisegefährten schon als einen rüben, wilden Burschen, äußerst ungebildet, lustig — wenn er satt war, traurig — wenn er Hunger hatte, gerade wie ein starkes und gutmütiges Tier. Untermwegs erzählte er mir vom Kaukasus, von dem Leben der grusinischen Gutsbesitzer, von ihren Befugnissen und ihrem Verhältnis zu den Bauern. Seine Erzählungen waren interessant, eigenartig schön, zeigten mir aber den Erzähler selber in einem für ihn sehr ungünstigen Lichte. So erzählte er zum Beispiel folgende Geschichte: Zu einem reichen Fürsten kamen die Nachbarn zum Schmause angefahren; man trank Wein, man aß Tschuretsch und Schachschurtsch (Schachschurtsch und Pilaw) und dann führte der Fürst seine Gäste in den Pferdebestall.

Die Pferde wurden gefüttert. Der Fürst nahm sich das beste und ritt damit hinaus ins Feld. Ein feuriges Pferd war das! Die Gäste lobten seinen Bau und seine Schnelligkeit. Da, als der Fürst zum zweitenmal hinaussprenge, erschien plötzlich ein Bauer auf einem Schimmel im Felde, überholte das Pferd des Fürsten und ... lachte stolz. Der Fürst schämte sich vor seinen Gästen! ... Jörnig runzelte er die Brauen und rief den Bauern mit Gelärben heran. Als der angerufen kam, da schlug ihm der Fürst mit einem einzigen Hieb seiner Schachschurtsch den Kopf ab und lösterte den Schimmel durch einen Revolverkugeln ins Ohr. Dann setzte er die Polizei von dem Vorfall in Kenntnis. Er wurde zu Zwangsarbeit verurteilt.

Das erzählte mir Schackro im Tone des Mitleids für den Fürsten.

Ich suchte ihm zu beweisen, daß da nichts zu bemitleiden sei, er aber antwortete, mich be-

*) Unübersehbare grusinische Vetterbüßen.

*) Kurzes breites Schwert der Grusier.

lehrend: „Fürsten gibt's wenig, Bauern viel! Um eines Bauern willen darf man keinen Fürsten verurteilen. Was ist so ein Bauer? Da!“ — er zeigte auf einen Klumpen Erde. — „Aber ein Fürst — wie ein Stern!“

Wir stritten und er ärgerte sich. Wenn er sich ärgerte, dann flechtete er die Zähne, wie ein Wolf, und sein Gesicht nahm einen bissigen Ausdruck an.

„Schweig, Maxim! Du kennst das Leben im Kaukasus nicht!“ schrie er mich an.

Meine Beweise waren machtlos bei seiner Hartnäckigkeit, und was für mich sonnenklar war, das erschien ihm lächerlich. Meine Logik berührte sein Hirn gar nicht, und wenn ich mir die größte Mühe gegeben hatte, ihm die Richtigkeit und Vortrefflichkeit meiner Ansichten zu beweisen und ihn dadurch in Verlegenheit zu bringen, dann dachte er nicht lange nach und sagte einfach: „Geh! in den Kaukasus, lebe dort; du wirst sehen, daß ich die Wahrheit spreche. Alle machen es so also — muß es so sein. Wie soll ich dir glauben, wo du allein behauptest: es ist nicht so, tausend andere aber sagen: es ist so!“

Ich schwieg; denn ich sah ein, daß man ihn nicht mit Worten, sondern mit Taten widerlegen mußte. Er war eben ein Mensch, der sich einbildete, daß das Leben, so wie es uns umgibt, durchaus gesetzmäßig und gerecht sei. Ich schwieg und er triumphierte, fest überzeugt von der Richtigkeit seiner Kenntnis der Welt, in der seiner Ansicht nach alles vollkommen nach Wahrheit, Recht und Gesetz zugeht.

Und mein Schweigen gab ihm Veranlassung, die Saiten immer höher zu spannen, wenn er vom Kaukasus erzählte, von dem dortigen Leben voll wilder Schönheit, voll Feuer und Eigenart. Seine Erzählungen fesselten mich in hohem Grade, empörten mich aber auch zu gleicher Zeit durch die Roheit, durch den tiefen Respekt vor Macht und Reichtum, sowie den völligen Mangel aller für uns Menschen unentbehrlichen morali-

schen Begriffe, die der Erzähler dabei verriet. Zufällig fragte ich ihn eines Tages: ob er die Lehre Christi kenne.

„Natürlich!“ antwortete er achselzuckend. Aber als ich eingehender fragte, da stellte sich heraus, daß er so viel wußte: Es war einmal ein Christus, der lehnte sich gegen die jüdischen Geseze auf und dafür haben ihn die Juden ans Kreuz geschlagen. Aber er war Gott und darum ist er nicht gestorben, sondern in den Himmel aufgefahren und hat dann den Menschen ein neues Lebensgesetz gegeben ...

„Was für eins?“ fragte ich.

Er sah mich mit spöttischer Verwunderung an und fragte: „Bist du ein Christ? Nun! Ich bin ebenfalls ein Christ. Auf der Erde beinahe alle sind Christen. Na, was fragst du dann? Du siehst, wie alle leben ... Das ist also das Gesetz des Christus.“

Ich wurde aufgeregt und begann ihm vom Leben Christi zu erzählen. Er hörte erst aufmerksam zu, dann wurde sein Interesse geringer und schließlich fing er an zu gähnen.

Als ich sah, daß sein Herz mir nicht zuhörte, wandte ich mich an seinen Verstand und sprach zu ihm von den Vorteilen der gegenseitigen Hilfe, von den Vorteilen des Wissens, von Vorteilen der Gesetzmäßigkeit, von Vorteilen, nur von Vorteilen ...

„Wer stark ist, der ist sich selbst Gesez! Er braucht nicht zu lernen, wird doch selbst blind den Weg finden.“ — versetzte Fürst Schackro phlegmatisch.

Er verstand es, sich selbst treu zu bleiben! Das erweckte in mir Achtung vor ihm; aber er war wild, grausam, und ich fühlte, wie zuweilen ein Funken von Haß gegen den Fürsten Schackro in mir entbrannte.

(Fortsetzung folgt.)

Beliebt müße noch deutschem und englischen Muster die nationale Gesundheit geschützt und die vorzeitige Invaliderität der breitesten Volksschichten verhütet werden.

Fusion im Kohlenbergbau. Wie gemeldet wird, soll die Fusion des Westböhmischen Bergbauaktienvereines mit den Brücher Kohlenbergwerken in der nächsten Zeit durchgeführt werden. Der Westböhmische Kohlenbergbauaktienverein, der seinen Sitz in Prag und eine Zweigniederlassung in Berlin und Klein-Görschütz in Oberschlesien hat, wurde 1875 gegründet und hat ein Kapital von fünfzig Millionen Kronen in 250.000 Aktien à 200 Kronen. Er hat Gruben im Bilsner und Schaglarer Revier, sowie in Oberschlesien und ist am deutschösterreichischen Kohlenbergbauverein mit 55 Prozent des Aktienkapitals beteiligt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug in der Zeit der guten Konjunktur fast sechstausend. Die Brücher Kohlenbergwerksgesellschaft ist im Jahre 1889 gegründet worden und hat ein Grundkapital von 26 Millionen. Sie ist im Besitze der Familien Gutmann und Weinmann. Die Kohlenfirma Weinmann hat den Alleinverkauf bei beiden genannten Gesellschaften und so würde die Vereinigung der beiden Gesellschaften nur die formale Befestigung dessen sein, was in Wirklichkeit schon lange besteht. Bemerkenswert ist, daß vor kurzer Zeit der bekannte Wiener Finanzkapitalist Josef fünfzig Aktien des Westböhmischen Bergbauaktienvereines erworben hat und andererseits einer der Chöfe der Firma Weinmann in die Direktion der Wiener Unionbank, deren Präsident Josef ist, eingetreten ist. Vielleicht ist dies nur der Anfang einer größeren Konzentration in der Kohlenindustrie.

Streiks und Aussperrungen im Feber. Die das Ministerium für soziale Fürsorge mitteilt, haben im Monate Feber 1923 14 Streiks mit 1480 Arbeitnehmern, davon 190 Frauen stattgefunden. Der Verlust an Arbeitstagen betrug 11.000, der Verlust der Arbeitnehmer an Lohn 325.000 Kr.

Vor einem Streit der Wiener Bankbeamten. Die sozialdemokratische Organisation der Bankbeamten in Wien hat die einzelnen Institutsleitungen davon verständigt, daß die Angestellten in der Frage der Gehaltsforderungen auf einer 22 einundzwanzigprozentigen Erhöhung ihrer Bezüge bestehen. Das Verhandlungskomitee der Banken hat bisher 17 einhalb Prozent zugesprochen. Der Streit der Bankbeamten ist unmittelbar nach den Währungsfragen wahrscheinlich.

Der belgische Post- und Eisenbahnstreik. Der Streik der belgischen Staatsangestellten dehnt sich aus. Insbesondere die Zahl der Eisenbahner, die die Arbeit verlassen, nimmt immer mehr zu, so daß befürchtet wird, daß die Kohlenzufuhr unterbrochen und der Personenverkehr eingestellt werden muß. Nach einer Meldung der „Humanité“ soll die Zahl der Streikenden mehr als 100.000 betragen. Die Führer des Streiks wünschen nicht, einen Generalstreik durchzuführen, sondern durch eine Reihe lokaler Streiks in den wichtigsten Orten des Landes das Wirtschaftsleben vollkommen lahmzulegen. Der Transportminister richtete eine letzte Aufforderung an die Streikenden, innerhalb 48 Stunden zur Arbeit zurückzukehren, widrigenfalls sie sich als entlassen betrachten könnten.

Die Weltzuckerernte. Die Weltproduktion von Zucker beläuft sich nach amerikanischen Aufstellungen für das laufende Erntejahr auf 18.208.325 Tons gegen 17.686.699 Tons in den letzten und 16.767.920 Tons im vorletzten Erntejahr. Diese Zunahme ist gang und gar auf den stärkeren Anbau in der westlichen Halbkugel zurückzuführen, da die Produktion in Amerika, sowohl die Roh- wie die Rübenzuckerernte, in diesem Jahre geringer ist, als im letzten. Der europäische Rübenzuckerbau ist ertragreicher gewesen, als der des Erntejahres 1921/22 bei gleichzeitiger starker Verminderung in Kanada und den Vereinigten Staaten. Die deutsche Zuckerrübenenernte allein wird auf einhalb Millionen Tons geschätzt gegen 1.305.810 Tons 1921/22. Eine Zunahme der Zuckerverproduktion ist ferner festzustellen in Frankreich, der Tschechoslowakei, Italien, Spanien und der Ukraine, ein Rückgang in Ungarn, Holland, Belgien, Schweden und Dänemark. Hinsichtlich des Rohrzuckers steht unter den Produzenten wie immer an erster Stelle Kuba mit einer Produktion von rund 4.000.000 Tons gegen 3.996.387 Tons im Erntejahr 1921/22; es folgt Java mit 1.750.000 Tons gegen 1.649.610 Tons im letzten Erntejahr.

Passive Handelsbilanz in Amerika. Nach einer Meldung aus Washington ereignete es sich im Monat März, trotz des amerikanischen Zolltarifes mit seinen hohen Zollsätzen zum erstenmal seit 1914, daß die Einfuhr in die Vereinigten Staaten die Ausfuhr um ungefähr 840 Millionen Franken überstieg. Diese Bilanz erregt in amerikanischen Regierungskreisen das größte Aufsehen.

Devilenturje. Die tschechische Krone notiert in:
Prag Schw. Kran 16.54.00
Berlin Mark 1465.00
Wien öherr. Kr. 2122.00

Table with exchange rates for Prague (Prag) on May 18th, listing various currencies and their values.

Table titled 'Züricher Schlusskurse am 18. Mai.' showing gold and silver prices in Zurich for various locations like Paris, London, Berlin, etc.

Kunst und Wissen. Gustav Mahlers Achte Symphonie.

Zum zweitenmale innerhalb elf Jahren ist es dem Fleiße und der Tatkraft der deutschen Musiker Prags gelungen, Mahlers gigantische „Symphonie der Tausend“ zur Aufführung zu bringen. Die letzte Aufführung fand unter Zemlinsky's Leitung und unter der Mitwirkung des Wiener philharmonischen Chores am 28. März 1912 statt. Umso höher einzuschätzen ist die diesjährige, völlig aus eigener Kraft geborene Wiedergabe der Symphonie. Wer, wie ich, so glücklich war, auch die Uraufführung dieses Rieswerkes unter Mahlers persönlicher Leitung in München (12. September 1910) miterleben, nährt eine doppelte Liebe zu ihm und berauscht sich mit jedemmale mehr an seiner genialen Größe und titanischen Art und kommt immer mehr zur Erkenntnis, daß diese Symphonie das bedeutendste Werk seiner Gattung innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts darstellt. Es ist aus diesem Grunde nicht genug Dank anzuerkennen, daß der Verein deutscher Arbeiter in Prag seinen Mitgliedern durch Veranstaltung einer in erster Linie für sie bestimmten öffentlichen Hauptprobe die Möglichkeit geboten hat, diese einzig dastehende Meisterschöpfung kennen zu lernen.

Mahlers Achte Symphonie trägt den Titel „Symphonie“ nicht ganz mit Recht. Chor- und Orchesterkantate wären zutreffendere Titel für diese Art musikalischer Kunstform. Was Wagner von Beethovens Neunter Symphonie sagte, daß deren vierter Satz den Beweis für die Unzulänglichkeit der reinen Instrumentalmusik erbringe, welche sich mit dem Gesänge verbinden müßte, um hohe Dinge auszudrücken, scheint Mahler ganz besonders gefühlt zu haben, da er schon in früheren Symphonien den Chor in umfangreicherer Weise als andere zur Mitwirkung heranzog und nun in diesem Opus alles (sozusagen auf das gesungene Wort überträgt. Sobald ein Wort nun direkt angelehnt ist an einen die Grundlage bildenden Text, kann von Symphonie im heutigen Sinne des Wortes nicht die Rede sein. Und Mahler hat in diesem Werke die Grundzüge des Textes streng eingehalten; das Orchester dient lediglich zur Vermittlung der einzelnen Teile und zur Illustrierung der im Texte zum Ausdruck gebrachten Stimmungen und ausdrücklichen (genischen) Bemerkungen. Der Schritt zur belebten Szenerie selbst ist ein sehr geringer; die opernhafte Technik einzelner Sätze weist darauf ebenso hin wie die theatralisch wirkende Stimme der mater gloriosa von oben und die isoliert positionierten Trompeten und Posaunen.

Mahlers Achte Symphonie zerfällt klar und übersichtlich in zwei in innigen Zusammenhänge stehende Teile: Der erste ist komponiert auf den Text des von dem Mainzer Erzbischof Hrabanus Maurus stammenden Hymnus „veni creator spiritus“ (Romus Schöpfer, heiliger Geist), der zweite die fast wörtliche Vertonung der allerletzten Szene aus Goethes „Faust“, zweiter Teil. Mahlers Symphonie hat auf diese Weise eine gewisse Beziehung zu seinem dreißig Jahre früher entworfenen Chorwerke „Das Nageloe Lied“, das ebenfalls zweiteilig ist; aber auch rein textlich und dem inneren Wesen nach ist eine Parallele wahrzunehmen: Was der erste Teil erstrebt, verheißt oder andeutet, erfüllt der zweite. Der Grundzug der Musik in Mahlers „Achter“ ist merkwürdigerweise durchaus melodisch, die Führung der musikalischen Themen klar und durchsichtig, da alles aus dem Texte heraus komponiert erscheint. Was von früheren Werken Mahlers gilt, trifft wesentlich auch hier zu: Stellen von erhabener Schönheit, ich nenne den wunderbaren Solo-Vokalpart gleich am Anzuge des ersten Teiles und dessen zu ungeborener Kraft gesteigerten Schluß, halten sich die Wege mit Minderem, wie einzelne hart an der Grenze des Banalen liegende, lieblich-müßige Solostellen des zweiten Teiles; ja selbst der in schön abgetöntem Klang und in der Wirkung erregend anmutende Schlusssatz des „Chorus mysticus“ im zweiten Teile entpuppt sich als kunstreich hergerichtete, gewöhnliches Kirchenlied-Thema, wo man einen innerlich erregenden modernen Schlusssatz gediegenster Form erwarten würde. Mahler verwendet zwei gemischte Chöre, die in Einzelaufgaben oder gemeinschaftlich wirken; der Kinderchor zieht sich in choralmäßigen Tropen charakteristisch durch des Werkes zweiten Teil.

Ueber die Ausführung des Rieswerkes selbst kann nur in Worten höchsten Lobes gesprochen werden. Chöre und Orchester, die in wochenlangen, mühevollen Proben bei der Arbeit waren, gaben ihre besten Kräfte her. Aber auch die mitwirkenden Solisten entledigen sich ihrer teilweise recht schwierigen Aufgaben in anerkanntester Weise. Müßig zu sagen, daß Alexander Zemlinsky, der selbst einer von Mahlers feinerseitigen Schülern und im Mahlerschen Geiste aufgewachsen ist, die ganze Inbrunst und das ganze heilige Feuer seiner suggestiven Musiker-natur an das Werk wendete, um ihm zum jubelnden Erfolge zu verhelfen.

Edwin Janetsche. Das Rheingold. (Reinigeniert im Prager Deutschen Theater, 16. Mai 1923.) Die Oper ist die Stätte der Illusion, und zwar einer doppelten Illusion. Der einen die von der Musik ausgeht, und der anderen, die die Szenerie schafft. Die Entwicklung des

modernen Musikdramas seit Richard Wagner betrifft, daß die musikalische und szenische Illusion auch heute noch für den Erfolg oder Mißerfolg einer Oper entscheidend sind. Die bloße Bühnenszene, die bei einem Sprechdrama imstande ist, dessen Wirkungen sogar zu vertiefen, erweist sich für die Oper und das Musikdrama als unzureichend, weil diese der szenischen Illusion nicht entraten können. Die Rheingold-Reinigenierung, die wir am Mittwoch auf der Bühne des Deutschen Theaters erleben, ist nicht nur ein Kunstwerk der Stilistik, sondern bedeutet auch das Ideal vollkommener Bühnenillusion in der Oper, und ist ohne Uebertreibung ein Wunder moderner Regie- und Bühnendekorationskunst zu nennen. Oberregisseur Prof. Hörth und sein dekorativer Kunstgenosse Emil Pirchan aus Berlin haben bei der Rheingold-Reinigenierung ganze Arbeit geleistet und mit allem Visherigen gründlich aufgeräumt. Nichts erinnert mehr an die alten, durch Angelo Neumann und seine Wagner:aditoren berühmten gewordenen, aus Bayreuth stammenden und seit dem Jahre 1876 unverändert in Gebrauch gewesenen Dekorationen. Ueberall haben die Künstler an Stelle des engherzigen Details die große stilistische Linie gesetzt. Diese baut sich auf dem Grundgedanken der zwischen Lichtalben und Schwarzalben bestehenden Charakterunterschiede und auf den Gegensätzen der im Ribelungentriebe einander gegenüberstehenden Elemente der Luft, der Erde, des Wassers und des Feuers auf. Volkengestirne charakterisieren den Wohnsitz der Götter, Wassermassen, die als eine große Welle wirken, den Rheinstrom, wuchtige Felsen die Urmutter Erde, schiffähnliche Wundergebilde die Unterwelt Ribelheim. Auch der Ribelungenthor hat eine seiner würdige und der Natur seiner Zeit angepaßte schlichte Form erhalten. Sogar auf die Kostümierung der Darsteller hat sich Prof. Hörths gestreichte Regie erstreckt. So scheitern die Götter in symbolischen Farbengewändern: Wotan blau, Freia in der dunklen Farbe des Orbits, dessen Pflaegerin sie ist, Loge mit einem grauen Mantel, dessen Innenseite ganz Feuer ist, so daß jede festeste Bewegung dieses Gottes keine Herrschaft über das Feuer offenbar macht usw. In den heiden Reisen sind der Winter als schwarz und der Sommer als blonde Gestalt glücklich verflochten. Die schwierigen technischen Probleme der Szenerie werden durch ganz moderne Regiemittel gelöst. Die Götterburg beispielsweise wird in Volkengestirnen auf die reiche Leinwand des neuen Rundhorizontes projiziert, für die Herstellung der Regenbogenbrücke nach Walhall dient ein eigener, komplizierter Regenbogenapparat u. dgl. Die Reinigenierung wirkt im Sinne ihrer stilistischen Absicht überall elementar und wichtig. Sie wirkt aber auch und vor allem illusionärsfördernd im Sinne des Wagnerischen Musikdramas, dessen elementare Musik sie überzeugend illustriert. Spannend darf man der weiteren Reinigenierung der übrigen drei „Ring“-Teile entgegensehen, da sich der mit der Rheingold-Aufführung gegebene Aufsat: derselben zu einem so großen Theatereignisse gestaltete. Zu bedauern ist nur, daß mit dieser Höhepunkt der völligen Reinigenierung des „Rheingold“ nicht auch seine musikalische Erneuerung Hand in Hand ging. Wohl hatte sich Alexander Zemlinsky erfreulicherweise wieder einmal an die Spitze seiner Künstlerchor gestellt, es aber nicht vermocht, das musikalische Gewand des Werkes mit seiner gigantischen Renaussstattung in Einklang zu bringen. Unverhört der Bläser, die rhythmische Zerfahrenheit einzelner Szenen und arge Intonationsschwankungen im Gesanglichen beeinträchtigten das musikalische Gesamtbild. Unter den Solisten vermochte nur der gesanglich und darstellerisch gleich großangelegte Wotan des Herrn Schwarz zu überzeugen und voll zu befriedigen. Herr Fuchs Alberich litt unter einer merkwürdigen Indisposition des Sängers, die ihn zu argen tonischen Uebertreibungen zwang. Gesanglich zutreffend, aber dafür wieder in der Darstellung übertrieben war Herr Rados Loge. In dem Terzett der Rheintöchter fiel die schöne Sopranstimme des Fräulein Fuchs angenehm auf.

Neues Theater. Heute Grillparzers Märchen-drama „Traum ein Leben“; morgen nachmittags

Mitteilungen ans dem Publikum. Der schönste Ausflug wird oft dadurch verdorben, daß sich bereits nach kurzem Gehen Müdigkeit, Kopfweh und Fußschmerzen einstellen und dem Ausflügler den Frohsinn rauben. Ein unfehlbares vorbeugendes Mittel sind Palma-Rauhschukobälle und Raufschukoballen, welche den Gang elastisch und angenehm machen. Erschlatterungen des Körpers, bzw. des Rückgrates, mildern und dadurch bewirken, daß Müdigkeitsercheinungen nicht so leicht aufkommen können. 1683a

Bezahlbare gut erhaltene Petroleum-Apparate (200 Liter Inhalt) sind billig zu haben beim Bezrkskonsumverein Auszig. Sozialistische Theater-Stücke und Vortragbücher für Vereine senden wir in großer Anzahl auf Wunsch zur Ansicht. Buchhandlung Freiheit, Leipzig-Zschöna, Ehrenstraße 18. Inserieren Sie im Sozialdemokrat !!

„Bojadera“, abends Wagners neuinszenierte Oper „Der fliegende Holländer“; Pfingstmontag nachmittags „Cheurulaub“, abends „Kolja, die Tänzerin“.

Kleine Bühne. Heute, halb 8 Uhr „Die kleine Sinderin“; Sonntag halb 3 Uhr „Das blaue Band“; Sonntag und Montag abends zum erstenmal „Leonce und Lena“.

Der Film.

Die Zensur. Roma Palmadage galt vor einem Jahr noch als eine der größten Hoffnungen des amerikanischen Films. Man kann heute schon feststellen, daß sie die hohen Erwartungen, die man auf sie setzte, nicht ganz erfüllt hat, sie ist ein Star neben vielen geworden und ihr Name wird von dem der Pickford oder Brown immer noch überstrahlt. Immerhin ist sie eine Künstlerin, die einen Durchschnittsfilm interessant machen kann. So gewinnt auch der Film „Das Mädchen mit dem goldenen Herzen“ durch sie an Reiz. Sie versteht es ausgezeichnet, ihre entzückende Erscheinung zur Geltung zu bringen und alles mit der Munterkeit ihres echten „American Girl“-Temperaments zu beleben. Daß der Film den technischen Anforderungen voll entspricht, ist bei einem amerikanischen Erzeugnis eigentlich schon so selbstverständlich, daß man es kaum zu erwähnen braucht. Das übrige Programm des „Zensur“ ist ebenfalls gut. —el.

Aus der Partei.

Frauenbezirkskonferenz in M. Schönb. Das Frauenbezirkskomitee Mähr.-Schönb. beruft für Sonntag, den 27. Mai, L. N. um 9 Uhr vormittags nach Mähr.-Schönb., Arbeiterheim, eine Frauenbezirkskonferenz ein. Als Tagesordnung wurde festgesetzt: Berichte des Frauenbezirkskomitees und der Sektionen; „Die Agitation und Organisation unter den Frauen“ (Referentin Genossin Jilg); „Die Gemeindefrauen und die Frauen“ (Referentin Genossin Langert); Eventuelles.

Turnen und Sport.

Prager Wettspiele. Heute: Meisterschaft 1. Klasse: Sparta gegen Union Zizkow, ČAFC gegen Ruzsitzk. — Freundschaftsspiele: Slavoj Zizkow gegen EA. Libeh, Sparta Rositz gegen Star. Olympia. — Sonntag: Slavia gegen ČAFC, am Slavoj, Slavoj VIII gegen Čechie Smichov, Victoria Zizkow gegen EA. Strachow, Slavia Rositz gegen Zizkow, Byskovan gegen Libeh. — Montag: Meisterschaft 1. Klasse: Sparta gegen Malostranský ČAFC, gegen Ruzsitzk. ČAFC, Bitterfeld gegen EA. Libeh. — Westham United FC. spielt am 23. Mai in Prag gegen Sparta.

Advertisement for ELIDA BADESEIFE (Toilet Soap) featuring a circular logo with a swan and text: 'Verlangen Sie ausschließlich ELIDA BADESEIFE. 100g - 150g - 200g und Miniaturstücke. Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Carl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs- und Verlags-Gesellschaft, Prag.' The ad is framed with decorative borders.

Advertisement for the Bezirks-Konsumverein Auszig (District Consumer Association Auszig). It includes an invitation for a Genossenschaftlichen Frauen-Tagung (Cooperative Women's Meeting) on Sunday, May 27th, at 2 PM in the 'Volksheim' in Auszig. The agenda includes reports from the women's committee, cooperative work, and other matters. The association's address is r. G. m. b. S.